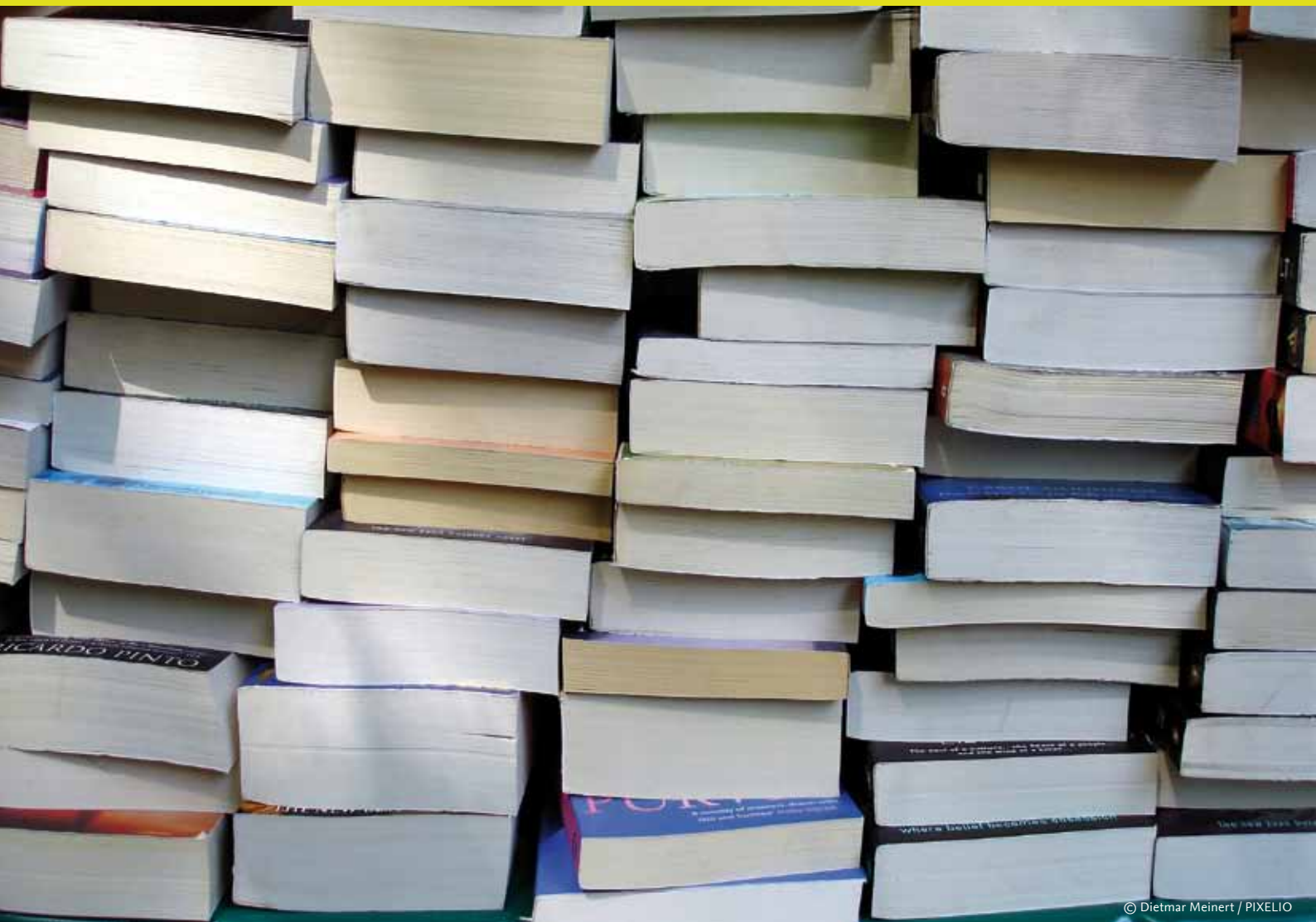


Wissenschaftlerinnen- Rundbrief

Nr. 2/2011

Schwerpunkt: Publish or Perish? Publizieren in der Wissenschaft



© Dietmar Meinert / PIXELIO



Herausgeberin:
Zentrale Frauenbeauftragte Mechthild Koreuber

Redaktion:
Dr. Sünne Andresen, Silvia Arlt, Mechthild Koreuber

Layout:
Freie Universität Berlin, Center für Digitale Systeme (CeDiS)

Titelfoto: Dietmar Meinert

Freie Universität Berlin
Rudeloffweg 25 – 27
14195 Berlin
Tel: 030 838-54259
frauenbeauftragte@fu-berlin.de
www.fu-berlin.de/frauenbeauftragte
Juni 2011

ISBN 978-3-929968-35-4

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die zentrale Währung in der Wissenschaft, so ließe sich mit dem französischen Soziologen und Wissenschaftstheoretiker Pierre Bourdieu argumentieren, ist die Anerkennung, die für wissenschaftliche Leistungen erworben wird. Publikationen sind die gängigste Form, wie der wissenschaftlichen Gemeinschaft die Ergebnisse eigener Forschungsleistungen zur Kenntnis gegeben werden. Insofern kommt Publikationen bei der Frage, wer sich in der Wissenschaft erfolgreich platzieren kann, ein besonderer Stellenwert zu. Dieser allgemeine Zusammenhang, aber auch die jüngsten Debatten um Betrug in der Wissenschaft – Stichwort: Guttenberg-Plagiatsaffäre – sind der Anlass dafür, dass wir die vorliegende Ausgabe des Wissenschaftlerinnenrundbriefs unter das Motto *Publish or Perish? Publizieren in der Wissenschaft* gestellt haben.

Den Einstieg in den Schwerpunkt macht Dagmar Simon, die der Frage nachgeht, warum sich das Zählen von Publikationen in peer-reviewed journals in der Wissenschaft in den letzten Jahren so sehr verbreitet hat und wie diese Entwicklung mit Blick auf geschlechtergerechte Publikationschancen zu bewerten ist. Dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Praxis der doppelt verdeckten Begutachtung von wissenschaftlichen Beiträgen und dem Anteil von Publikationen von Frauen in Fachzeitschriften der Biologie besteht, zeigt eine neuere Studie, deren Ergebnisse Silvia Arlt vorstellt. Deborah Weber-Wulf greift in ihrer kritischen Analyse elektronischer Plagiatserkennungssysteme das Problem des Fehlverhaltens in der Wissenschaft auf. Die Lösung liegt für sie nicht in verbesserten technischen Systemen, sondern vor allem auch darin, dass Lehrende ihren Studierenden immer wieder vorleben, was gute wissenschaftliche Praxis ist. In den Beiträgen von Anita Runge, Marco Tullney und Katja Mruck und Remco van Capelleveen wird für neue Formen des Publizierens durch die Nutzung von Open Access geworben; Runge und Tullney betonen dabei die besonderen Chancen für die Geschlechterforschung. Edith Püschel plädiert dafür, der Entwicklung von Schreibkompetenz in der Lehre mehr Gewicht zu geben und zeigt, was dabei zu vermitteln wäre. Christa Beckmann informiert darüber, wie die Pressestelle die Wissenschaftler/innen an der Freien Universität Berlin bei der Verbreitung ihrer Publikations- und Forschungsaktivitäten unterstützen kann.

Mit dem Beitrag von Susanne Lettow setzen wir die Diskussion um zentrale Begriffe und Konzepte in der Geschlechterforschung fort, die wir in der Ausgabe 1/2011 mit Elvira Scheich *Was hat Gender mit Geschlecht zu tun?* begonnen haben. Als aktuelle, aus dem Berliner Landesprogramm mitfinanzierte gleichstellungspolitische Maßnahme stellen wir die „Gastprofessuren bzw. -dozenturen für Wissenschaftlerinnen“ sowie einige der neuen Kolleginnen vor. Unter dem Themenkomplex *Familiengerechte Hochschule* präsentieren wir die Ergebnisse der Evaluation der familienpolitischen Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und das Familienbüro berichtet u.a. über die Erfahrungen mit der Organisation eines Ferienangebots für Kinder von Studierenden und Beschäftigten.

Wir freuen uns über Kommentare – gerne auch zu eigenen Erfahrungen mit dem Publizieren – und wünschen viel Spaß beim Lesen!

Sünne Andresen, Mechthild Koreuber und das Rundbrief-Team

Impressum

Editorial

Ausgezeichnet

- 6 Dagmar Schultz erhält den Margherita-von-Brentano-Preis 2011
Janina Alfen
- 7 Ehrung für Boxprojekt an der Freien Universität Berlin
Pressemitteilung der Freien Universität Berlin vom 20.5.2011
- 8 Anne Kwaschik erhält deutsch-französischen Parlamentspreis
Pressemitteilung der Freien Universität Berlin vom 20.5.2011

Schwerpunkt

- 9 Eine vermessene Welt der Wissenschaft
Dr. Dagmar Simon
- 11 Double-Blind Peer Review erhöht Frauenanteil bei wissenschaftlichen Publikationen
Silvia Arlt
- 12 Mogelpackung – Plagiatserkennungssysteme auf dem Prüfstand
Prof. Dr. Debora Weber-Wulff
- 14 Sichtbarkeit als Herausforderung
Dr. Anita Runge
- 16 Die Modernisierung wissenschaftlichen Publizierens in der Geschlechterforschung durch Open Access
Marco Tullney
- 19 Open Access an der Freien Universität Berlin
Dr. Katja Mruck, Dr. Remco van Capelleveen
- 20 Schreibkompetenz entwickeln!
Edith Püschel
- 22 Die Pressestelle an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit
Christa Beckmann

Geschlechterforschung

- 23 Umkämpfte Begriffe: Gleichheit – Gerechtigkeit – Umverteilung
PD Dr. Susanne Lettow
- 25 „Männliche“ Forschung – „weibliche“ Lehre?
Romy Hilbrich

Gleichstellung

Das Berliner Chancengleichheitsprogramm – Gastdozentinnen
und Gastprofessorinnen an der Freien Universität Berlin 27
Lilith Wanner-Mack

Gastdozentinnen und Gastprofessorinnen stellen sich vor 28
*Dr. Nina Kolleck, PD Dr. Susanne Lettow, Dr. Sibylle Irene Mayr,
Dr. Anina Mischau*

Berlin holt Doppelkarrierepaare an die Spree 31
Melania Anastasiadou

Nachrichten aus der Personalvertretung

Nachruf auf Barbara Klemm 32
Mechthild Koreuber

Familiengerechte Hochschule

Die „familienpolitische Komponente“ im 33
Wissenschaftszeitvertragsgesetz
Dr. Sünne Andresen

Ankündigung einer Stellungnahme des Gesamtpersonalrats 35
zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Nachrichten aus dem Familienbüro

Zertifikatsverleihung zum audit berufundfamilie 36
Michaela Volkmann

Ein Sommerloch: Frühe Schulferien, lange Vorlesungszeit 37
Michaela Volkmann

Märchenhaft – Lange Nacht der Familie 37
Michaela Volkmann

Erschienen

Hochschule strukturell verändern 38
Dr. Sünne Andresen

Tipps, Treffen, Termine

Dahlem Research Monitoring 39

Gesundheitstag der Freien Universität Berlin 2011 39

Dagmar Schultz erhält den Margherita-von-Brentano-Preis 2011

Donnerstag, 23. Juni 2011, 17:00 – 20:00 Uhr
Philosophische Bibliothek, Habelschwerdter Allee 30, 14195 Berlin

*Janina Alfen,
Mitarbeiterin der
zentralen Frauenbeauftragten der
Freien Universität Berlin*



Prof. Dr. Dagmar Schultz
(Foto: privat)

Am 23. Juni wird erneut der Margherita-von-Brentano-Preis der Freien Universität Berlin verliehen. Preisträgerin in diesem Jahr ist die insbesondere für ihr Engagement gegen Sexismus und Rassismus bekannte Wissenschaftlerin Dagmar Schultz.

Nach längeren Aufenthalten in den USA und Costa Rica war Dagmar Schultz von 1973 bis 1986 Dozentin am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Während dieser Zeit verfasste sie grundlegende Arbeiten zu verschiedenen Themenaspekten der Women's Studies und Gender Studies. Besonders profilierte sich Dagmar Schultz mit ihrer kontinuierlichen Herausarbeitung von Differenzen unter Frauen unterschiedlicher sozialer und insbesondere ethnischer Herkunft. Ihre international und intersektional angelegten Arbeiten haben maßgeblich die kritische (Selbst-)Reflexion und Neuausrichtung der Eigenwahrnehmung weißer Feministinnen in Deutschland beeinflusst. Darüber hinaus unterstützte sie mit ihren Forschungen die Entstehung und Entwicklung des afrodeutschen Feminismus von den 1980er Jahren bis heute. Dagmar Schultz gilt nicht nur als Initiatorin und originelle Weiterentwicklerin dieses Forschungsfeldes, sondern leistete auch wichtige Pionierinnenarbeit bei dessen Institutionalisierung. Daneben baute sie den Studiengang Fachdidaktik am John-F.-Kennedy-Institut auf und engagierte sich damit wiederum in einem neuen Feld, das bis dahin an der Freien Universität kaum vertreten war.

Ein wichtiges Anliegen von Dagmar Schultz gilt der Verbindung zwischen Forschung und Lehre an der Hochschule einerseits und sozial engagierter Praxis außerhalb der Universität andererseits. Grenzziehungen zu überwinden und Zugänge für beide Seiten zu ermöglichen, war immer eines ihrer Ziele. Zudem gehörte sie zu denjenigen Frauenforscherinnen, denen eine differenziertere Sichtweise der Geschlechterthematik am Herzen lag. Ausgehend von der Vorstellung von Geschlecht als einem sozialen Konstrukt bezog sie in ihre empirischen Forschungen an der Hochschule früh und ganz bewusst Frauen und Männer ein.

Der Margherita-von-Brentano-Preis der Freien Universität Berlin wird ab sofort zweijährlich vergeben und ist mit 15.000€ einer der höchstdotierten Frauenförderpreise Deutschlands. Er wird für besondere Leistungen und/oder herausragendes Engagement im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung zweckgebunden zur Verwirklichung eines entsprechenden Projektes verliehen. Dagmar Schultz arbeitet derzeit an einem Film über Leben und Werk von Audre Lorde, deren Todestag sich im nächsten Jahr zum 20. Mal jährt. Ein Teil des Preisgeldes wird in dieses Filmprojekt einfließen. Mit dem anderen Teil wird die Etablierung eines Audre-Lorde-Archivs – in Kooperation mit dem Universitätsarchiv – an der Freien Universität Berlin ermöglicht.

Worte zur Begrüßung

*Prof. Dr. Peter-André Alt
Freie Universität Berlin, Präsident*

Laudatio

*Prof. Dr. Margit Mayer
Freie Universität Berlin*

Vergabe des Preises

*Prof. Dr. Peter-André Alt
Freie Universität Berlin, Präsident*

Dankesrede

Prof. Dr. Dagmar Schultz

Musikalische Umrahmung

Silke Fell

Empfang

Ehrung für Boxprojekt an der Freien Universität Berlin

Heather Cameron, Juniorprofessorin für Integrationspädagogik, Bewegung und Sport der Freien Universität Berlin hat für ihr internationales Projekt „Boxgirls“ den Young Leaders Award der BMW Stiftung Herbert Quandt erhalten. Die „Boxgirls“ und drei weitere Preisträger setzten sich gegen zahlreiche Bewerbungen aus aller Welt durch; das Preisgeld für die Gewinnerinnen und Gewinner beträgt insgesamt 30.000 Euro. Das Projekt wurde im Jahr 2001 gegründet. Die Initiatorinnen engagieren sich in Berlin und mittlerweile auch Nairobi und Kapstadt.

Das Projekt „Boxgirls“ unterstützt mit seinen Programmen mehrere tausend Mädchen und Frauen in Deutschland, Südafrika und Kenia darin, neue Erfahrungen zu sammeln, körperlich stärker zu werden und ihre sozialen Fähigkeiten zu erweitern. Das Programm „Assets For Change“ in Kapstadt baut auf diese neu erworbenen Kompetenzen auf und stärkt mit Finanztrainings die Sicherheit im Umgang mit Geld und die finanzielle Unabhängigkeit der Mädchen und Frauen.

Mit dem *Young Leaders Award* der BMW Stiftung Herbert Quandt wurden im dritten Jahr junge Führungspersönlichkeiten ausgezeichnet, die mit herausragenden Geschäftsideen, Initiativen und Projekten einen entscheidenden Beitrag für das Gemeinwohl leisten. Die Preisverleihung fand im Rahmen der internationalen Wirtschaftskonferenz *Munich Economic Summit* statt.

Pressemitteilung der Freien Universität Berlin
Nr. 150/2011 vom 20.05.2011



Heather Cameron

(Foto: Lorenz Böck, München)

Anne Kwaschik erhält deutsch-französischen Parlamentspreis

Pressemitteilung der Freien Universität Berlin
Nr. 148/2011 vom 20.05.2011



Anne Kwaschik
(Foto: Deutscher Bundestag,
Lichtblick, Achim Melde)

Anne Kwaschik, Juniorprofessorin für Westeuropäische Geschichte am Frankreich-Zentrum der Freien Universität Berlin, ist am 21. Mai 2011 mit dem deutsch-französischen Parlamentspreis der französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages ausgezeichnet worden. Sie erhielt den mit 10.000 Euro dotierten Preis für ihr Werk „Auf der Suche nach der deutschen Mentalität. Der Kulturhistoriker und Essayist Robert Minder“. Die Verleihung fand im Rahmen der gemeinsamen deutsch-französischen Präsidiumssitzung in Überlingen am Bodensee statt.

Anne Kwaschiks Buch widmet sich der intellektuellen Biografie des elsässischen Kulturhistorikers und Essayisten Robert Minder (1902 – 1980). Das Buch ist die erste Gesamtdarstellung seines Lebens und Werks. Minder gehörte zu seiner Zeit zu den bedeutenden Kulturvermittlern zwischen Deutschland und Frankreich und zu den wichtigen Vorbereitern einer deutsch-französischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Buch wird darüber hinaus ausgezeichnet als Beitrag zur Geschichte der Mentalitäten, weil es grundsätzlich nach der Konstruktion von Mentalitäten und den Mustern der deutsch-französischen Wahrnehmung fragt.

Anne Kwaschik studierte in Zürich und Berlin Neue Geschichte, Neue deutsche Literatur und Philosophie und promovierte 2006 an der Freien Universität Berlin. Nach verschiedenen Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Berlin und der Freien Universität Berlin war sie zuletzt in Paris tätig und wurde zum Wintersemester 2009 an die Freie Universität berufen.

Gemeinsam mit dem französischen Nationalparlament, der Assemblée Nationale, vergibt der Deutsche Bundestag seit 2004 den deutsch-französischen Parlamentspreis alle zwei Jahre. Der Preis wird verliehen für herausragende wissenschaftliche Arbeiten, die sich sowohl mit Frankreich als auch mit Deutschland beschäftigen und zur besseren gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder beitragen. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und geht jeweils an einen deutschen und einen französischen Staatsbürger. Auf französischer Seite werden in diesem Jahr Evelyn und Victor Brandt für ihr Buch *Aujourd'hui l'Allemagne* geehrt.

Eine vermessene Welt der Wissenschaft

„We live in an age of metrics. All around us, things are being standardized, quantified, measured. Scholars concerned with the work of science and technology must regard this as a fascinating and crucial practical, cultural and intellectual phenomenon. Analysis of the roots and meanings of metrics and metrology has been a preoccupation of much of the work in our field for the past quarter century at least. As practitioners of the interconnected disciplines that make up the field of science studies we understand how significant, contingent and uncertain can be the process of rendering nature and society in grades, classes and numbers.”¹

Dr. Dagmar Simon,
Leiterin der Forschungsgruppe
Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung

¹ Veröffentlicht in:
Med Hist. 2009 January, 53 (1): 1 – 4

Die zunehmende Vermessung der Wissenschaft, also der Einsatz quantifizierender Verfahren zur Bewertung von Leistungen, wird nicht nur von Wissenschaftler/innen (z.B. Kieser 2010) beklagt. In diesem Fall wenden sich Herausgeber/innen von Zeitschriften der Wissenschafts-, Technik- und Medizingeschichte gegen die Initiative der European Science Foundation, einen *European Reference Index for the Humanities*, also eine league tables der Zeitschriften mit der absehbaren fatalen Folge festzulegen, dass die Gewinner/innen eines solchen Ratings noch Beachtung und ggfs. auch finanzielle Unterstützung finden, während in den unteren Gefilden Zeitschriften von der (Förder-)Landschaft verschwinden. Kontextbedingungen finden keine Beachtung und die Gefahr besteht, dass die Zeitschriftenkartographie immer eindimensionaler wird. Warum ist das Zählen und vor allem das Rangordnungen produzierende Gewichten in der Wissenschaft in den letzten Dekaden so beliebt geworden? Vor allem zwei Gründe können diese Entwicklung erklären:

Erstens geht es um ein exponentielles Wachstum wissenschaftlicher Publikationen. Im Zeitraum von 1990 bis 2009 konnte bspw. der wissenschaftliche Output der USA von 250.000 auf 350.000, in China von 10.000 auf 130.000 und in Deutschland von 46.850 auf 91.188 gesteigert werden, wobei hier nur die Publikationen erfasst sind, die in Peer-Review-Zeitschriften veröffentlicht wurden (van Leeuwen 2010). Um die Qualität des wissenschaftlichen Outputs angesichts dieser Entwicklung beurteilen zu können, gilt der impact factor der Zeitschriften als das Maß aller Dinge – trotz bekannter und breit diskutierter eklatanter Mängel dieses Messinstruments: Nur ein Bruchteil der Fachzeitschriften wird in die Informationsdatenbanken aufgenommen², Zeitschriften erhalten hohe Bewertungen durch die Zitierhäufigkeit relativ weniger Artikel und im Blick auf das enge Zeitfenster von zwei Jahren der zitierten Arbeiten werden vor allem die Forschungsfelder belohnt, die sich schnell entwickeln (vgl. Mocikat 2009).

Zweitens ist das Aufkommen wissenschaftspolitisch initiierten Evaluations, Rankings und Ratings und anderer Bewertungsinstrumente, bei denen das Zählen vor allem von Publikationen und Drittmitteln eine signifikante Rolle spielt, ein Indikator für ein externes Kontrollbedürfnis der „Selbstkontrolle“ der scientific communities. Denn man muss sich immer wieder

² Über die Aufnahme und die Ermittlung des Impactfaktors entscheidet das us-amerikanische Privatunternehmen Thomson Reuters. Die Impactfaktoren werden in den „Journal Citation Reports“ veröffentlicht.

vergegenwärtigen, dass die Vermessung im Wesentlichen auf den Urteilen der Peers über die Qualität des wissenschaftlichen Outputs beruht. Und das Zählen suggeriert eine Vergleichbarkeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Institutionen, Disziplinen und Personen – wobei das Resultat von ersterem insbesondere förderpolitisch von Bedeutung ist.

Das Interessante an dieser Debatte sind eigentlich die Nebeneffekte. Angesichts der Problematik, die Reputationshierarchie vor allem der Naturwissenschaften auf alle anderen Disziplinen übertragen zu wollen, haben sich bspw. die Geschichtswissenschaften dem Forschungsrating des Wissenschaftsrats versagt. Über die Gründe der Nichtteilnahme ist und kann viel spekuliert werden, wichtiger erscheint mir der Tatbestand, dass sich nun Historiker/innen bemühen, Qualitätsstandards zu entwickeln, die ihre Publikationsformen adäquater abbilden können. Darüber hinaus gibt es in der Wissenschaftsforschung einige Initiativen und Konzepte, Qualitätsstandards für praxisnahe Forschung bzw. andere „Produkte“ als Peer Reviewed-Journals zu konzipieren (vgl. Bergmann 2008). Und auch bei Publikationsformen wie Herausgeberschaften wird deutlich, dass Sammelbände nicht gleich Sammelbände sind: Einige unterliegen strengen Review-Verfahren, andere nicht.

Neben diesen wichtigen Differenzierungen ergeben sich jedoch weitere Fragen mit Blick auf die Folgen quantifizierender Bewertungsverfahren, denen bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist: Wie wirkt sich eigentlich die Orientierung auf Peer-Reviewed-Zeitschriftenartikel auf kooperative Forschungen aus, deren Ergebnis ein vom Forschungsteam gemeinsam veröffentlichter Sammelband sein könnte? Ist es bspw. für Sozialwissenschaftler/innen noch interessant, sich für das Verfassen einer Monographie oder von Sammelbänden zu engagieren, wenn dies für die berufliche Karriere zweitrangig, aber für das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse von erheblicher Bedeutung sein kann? Und können wir geschlechtsspezifische Folgen erkennen? Aus der Geschlechterforschung wissen wir, dass eine vermeintlich klare Orientierung bspw. für die Bewertung von wissenschaftlicher Leistung für Frauen durchaus ein Vorteil sein kann. Aber gilt dies auch für eine auf Vielschreiberei orientierte Publikationsstrategie? Oder ist hier der disziplinäre Umgang mit Publikationsformen das dominante Differenzierungskriterium?

Empirische Untersuchungen der Effekte und Nebeneffekte von gezählter und vermessener Wissenschaft würden sich lohnen, denn es geht um nichts weniger als eine angemessene Beurteilung von Qualität im Zeitalter unterschiedlicher, widersprüchlicher und vielseitiger Herausforderungen für die Orte der Wissenschaftsproduktion.

Bergmann, M., Schramm, E. (Hg.) *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*. Campus: Frankfurt am Main /New York 2008.

Kieser, A. (2010): *Unternehmen Wissenschaft*. In: *Leviathan*. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 347 – 368.

Mocikat, R. (2009): *Die Diktatur des Zitatendizes: Folgen für die Wissenskultur*. In: *GAIA* 18/2, S. 100 – 103.

Van Leeuwen, Th. (2010) *Bibliometrische Analyse des deutschen Forschungs-Outputs im internationalen Vergleich*. Indikatorenbericht 2010.

Double-Blind Peer Review erhöht Frauenanteil bei wissenschaftlichen Publikationen

Silvia Arlt, Studentin des MA Moderne Süd- und Südostasien-Studien
und studentische Mitarbeiterin im Büro der zentralen Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin

Das Verfahren des Double-Blind Peer Review (dt.: doppelt verdeckte Gutachten durch Ebenbürtige) hat im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen bereits in vielen Disziplinen Eingang gefunden, vor allem in der Medizin, den Naturwissenschaften, der Psychologie und den Wirtschaftswissenschaften.

Dennoch wird dieses Verfahren nach wie vor kritisiert. Hauptsächliches Gegenargument ist, dass es mit einem erheblich erhöhten Arbeitsaufwand für die Zeitschriften verbunden ist, der Nutzen jedoch gering sei, da die meisten Autorinnen und Autoren ohnehin anhand des Inhalts ihrer eingereichten und zu begutachtenden Texte leicht zu identifizieren seien. Mehrere Studien konnten dieses Argument allerdings widerlegen, indem sie nachwiesen, dass nur zwischen 25 und 42% der Autorinnen und Autoren erkannt wurden. Bisher kaum analysiert wurde die Frage, inwiefern dieses Begutachtungsverfahren die Erhöhung des Autorinnenanteils befördern könnte. Dabei hatte eine Untersuchung aus dem Jahr 1997 deutlich gezeigt, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Wissenschaftler/innen und der Wahrscheinlichkeit der positiven Bewertung von zur Veröffentlichung eingereichten Arbeiten gibt (vgl. Wennerås / Wold, 2000).

In ihrer Ausgabe vom Januar 2008 veröffentlichte die Zeitschrift *Trends in Ecology and Evolution* die Ergebnisse einer Studie, die erstmals die geschlechtsspezifischen Effekte der Anwendung des Double-Blind Peer Review Verfahrens im Feld der Evolutionsbiologie und Ökologie untersucht. Die Autorinnen und Autoren, eine international zusammengesetzte Gruppe von Wissenschaftler/innen, können einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Etablierung dieses Verfahrens und dem Anstieg des Autorinnenanteils nachweisen. Verglichen wurden für die Untersuchung die Zeitschrift *Behavioral Ecology*, die das Verfahren 2001 eingeführt hat, und die Zeitschrift *Behavioral Ecology and Sociobiology*, die nach dem single-blind Verfahren (nur die Identität der Autorin/des Autors bleibt unbekannt) begutachtet. Als Kontrollgruppe dienten die Zeitschriften *Animal Behavi-*

our, *Journal of Biogeography*, *Biological Conservation* und *Landscape Ecology*, alle mit einer sehr ähnlichen thematischen Ausrichtung aber ohne verdecktes Gutachterverfahren.

Die Zuordnung der Geschlechter zu den Artikeln erfolgte anhand der Vornamen des Erstautors bzw. der Erstautorin. Das Geschlecht wurde mit ‚unbekannt‘ angegeben, wenn der Name fehlte oder keine eindeutige Zuordnung möglich war. Untersucht wurden alle Jahrgänge von 1997 – 2000 und von 2002 – 2005. Als Ergebnis zeigte sich, dass die Zeitschrift *Behavioral Ecology* von 2002 – 2005, also nach der Einführung des Double-Blind Peer Review Verfahrens, deutlich mehr Artikel beider Geschlechter publizierte. Der Anteil der von Wissenschaftlerinnen publizierten Artikel stieg um 7,9%, um den gleichen Wert sank der Anteil von Artikeln männlicher Autoren.

Bei der für den direkten Vergleich herangezogenen Zeitschrift *Behavioral Ecology and Sociobiology* blieb ein vergleichbarer Anstieg aus. Daher kann davon ausgegangen werden, dass dafür die Begutachtungsmethode ausschlaggebend war und nicht andere Faktoren, wie z.B. der Zuwachs an Frauen innerhalb des Forschungsfeldes oder eine verstärkte Forschungsaktivität von Frauen. Auch die Zeitschriften der Vergleichsgruppe zeigten keinen nennenswerten Anstieg an Publikationen, weder von Frauen, noch von Männern.

Insgesamt kommt die Studie damit zu dem Ergebnis, dass das Double-Blind Peer Review Verfahren zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei der Begutachtung wissenschaftlicher Arbeiten führt und damit für alle Fachdisziplinen geeignet und wünschenswert wäre.

Literatur:

- Budden, Amber E., Tregenza, Tom, Aarssen, Lonnie W., Koricheva, Julia, Leimu, Roosa und Lortie, Christopher J.: Double-blind review favours increased representation of female authors. In: *TRENDS in Ecology and Evolution*, Vol. 23, No.1, Januar 2008 (4 – 6)
- Wennerås, Christine/Wold, Agnes (2000): Vetterwirtschaft und Sexismus im Gutachterwesen. In: Kraus, Beate (Hg.): *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt.* Frankfurt/M. (107 – 120)

Mogelpackung – Plagiatserkennungssysteme auf dem Prüfstand

Prof. Dr. Debora Weber-Wulff, Professorin für Medieninformatik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin

Die Anbieter von Plagiatserkennungssoftware versprechen viel, was sie nicht halten können, denn die Systeme sind nur teilweise brauchbar. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die in einer umfangreichen Reihenuntersuchung den Nutzen der Software untersucht hat. Das Plagiat ist kein neues Phänomen. Die Bezeichnung *Plagiat* stammt aus der Zeit des spätantiken römischen Epigrammatikers Martial, der böse war, weil ein Kollege seine „Geistes Kinder“ geraubt und sie unter eigenem Namen veröffentlicht hatte. Er hat ihm *plagium* (Menschenraub) vorgeworfen.

Philipp Theisohn hat kürzlich einen sehr ausführlichen Band über Plagiate vorgelegt, der die Geschichte des literarischen Plagiats aufzeichnet. Er hat sein Buch im Brecht-Haus in Berlin vorgestellt, einem sehr passenden Ort, denn auch Brecht hat sich genommen, was er brauchte, und seine Dreigroschenoper in großen Teilen aus der Übersetzung der Gedichte von François Villon durch Karl Ammer zusammengesetzt. Auch im wissenschaftlichen Bereich sind Plagiate nichts Neues, wissenschaftliches Fehlverhalten wie Ghostwriting, Ehrenautorschaften und erfundene Daten sind bekannt. Alle Arten dieses Fehlverhaltens schaden der Wissenschaft sehr.

Aber schon bei der Definition von *Plagiat* stellt man fest, wie schwer dieser Begriff zu fassen ist. Besteht ein Plagiat nur aus der buchstabengetreuen Kopie des Werks eines anderen oder ist auch die Übernahme einer Gedankenkette als Strukturplagiat zu betrachten? Die Definition von Paul English in seinem Werk *Meister des Plagiats, oder die Kunst der Abschriftstellerei* aus den dreißiger Jahren findet heute nach wie vor Anwendung: „Plagiat ist also die aus freier Entschließung eines Autors oder Künstlers betätigte Entnahme eines nicht unbeträchtlichen Gedankeninhalts eines anderen für sein Werk in der Absicht, solche Zwangsanleihe nach ihrer Herkunft durch entsprechende Umgestaltung zu verwischen und den Anschein eigenen Schaffens damit beim Leser oder Beschauer zu erwecken.“ Angesichts der Leichtigkeit, mit der heutzutage eine Zwangsanleihe getätigt werden kann, und der Fülle vorhandenen Materials im Internet, vermuten viele, dass der Umfang an Plagiaten stark zu-

nimmt. Dies kann jedoch nicht belegt werden, da es kein Mittel gibt, Plagiate komplett und umfassend aufzudecken. Daher rufen viele nach einem Zauberstab, einem Software-System, das dazu in der Lage wäre, zuverlässig Plagiate zu erkennen. Obwohl viele Firmen es vorgeben, gibt es ein derart zuverlässiges System nicht auf dem Markt.

Plagiatserkennungssysteme

Seit 2004 testen wir Plagiatserkennungssysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, 2010 haben wir die vierte Großuntersuchung durchgeführt. Dabei werden Testfälle konstruiert, kleine Aufsätze auf Deutsch, Englisch und neuerdings auch auf Japanisch. Beim Test 2010 haben wir 47 Systeme ermittelt, die Plagiate oder Kollusionen – eine Art Zitierkartell, wo mehrere Personen dasselbe Werk oder eine leicht veränderte Version als eigene Arbeit einreichen – oder Programmcodeentlehnungen zu erkennen vorgeben. Insgesamt konnten wir 26 Systeme vollständig testen, das Ergebnis: Plagiate aus Büchern, Übersetzungsplagiate, Strukturplagiate – alle bleiben unerkannt. Beunruhigenderweise fanden viele Systeme im aktuellen Test bearbeitete Plagiate nicht, die sie im Test 2008 bemerkt hatten. Wenn sie etwas gefunden hatten, wurde klar, dass das System nur mit Stichproben gearbeitet hatte. Hunderprozentige Plagiate wurden nur teilweise als Plagiate angezeigt. Auf der anderen Seite wurden unsere Originalwerke öfters als Plagiate dargestellt, teilweise weil Übereinstimmungen von vier bis sechs Wörtern wie „in hot weather the“ oder „Stieg Larsson wurde im Jahr 1954 geboren“ als Plagiat gemeldet und die gefundenen „Plagiate“ einfach zu bedenklichen Werten aufsummiert wurden. Beim Strukturplagiat hingegen meldeten viele Systeme nur eine Übereinstimmung bei der Bibliografie, die in einer Endnote dargestellt worden war.

Auch die Ergebnisdarstellung ließ oft stark zu wünschen übrig. Manche gaben lapidar Links an, die man verwenden kann, um die Stichprobe in eine Suchmaschine einzugeben. Da ist es einfacher und schneller, die Stichprobe selbst zu bestimmen und bei Google zu suchen.

Es ist ein ernstes Problem, wenn Plagiate nicht gefunden werden. Viel schwerer wiegen aber falsche Plagiatsvorwürfe. Das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden ist eine fragile Beziehung, die durch solche Vorwürfe zerrüttet werden kann. Gerade die Wissenschaft sollte auf Vertrauen und Ehrlichkeit aufgebaut werden. Daher rate ich davon ab, alle Studierenden unter Generalverdacht zu stellen und von ihnen zu verlangen, dass sie eine Art Persilschein für ihre Arbeiten besorgen, bevor wir uns überhaupt damit befassen. Dafür arbeiten die Systeme nicht zuverlässig genug.

Aufklärung und Hilfestellung

Stattdessen sollten wir viel mehr auf Aufklärung setzen. Ein Propädeutikum, das die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens und eine offene Diskussion über Plagiate – und vielleicht über den Gebrauch von Internetquellen wie Wikipedia – vermittelt, sollte in jedem Studiengang am Anfang stehen. Und es sollte oft wiederholt werden, was ein Plagiat ist und die Konsequenzen klar aufgezeigt werden.

Es muss aber auch von den Dozierenden vorgelebt werden, was gute wissenschaftliche Praxis ist. Es dürfen nicht die Arbeiten von Studierenden oder Doktorand/innen als eigene ausgegeben werden, man darf sich auch nicht als Autor oder Autorin auf alle im Lehrstuhl erscheinenden Paper setzen oder Folien aus dem Netz auf eigenen Namen umfrisieren. Passagen aus Wikipedia sollten nur übernommen werden, nachdem man ein fachliches Auge auf den Artikel geworfen, ihn ggf. verbessert und dann natürlich mit korrektem Quellenhinweis versehen hat.

Hat man bei der eigenen Stichprobensuche ein Plagiat gefunden, sollte es von der Seite der Hochschule Hilfestellung geben, damit die Lehrenden nicht in einer Per-

son Ermittlungsbehörde, Staatsanwaltschaft, Gerichtswesen und Strafvollzug spielen müssen. Es ist denkbar, dass eine Stabsstelle eingerichtet wird – vielleicht an die Bibliothek angegliedert – die vertiefte Recherchen mit den teilweise brauchbaren Systemen durchführt. Da könnten dann auch mehrere Systeme eingesetzt werden, weil sie durchaus Verschiedenes finden. Die Hochschule sollte außerdem eine Vorgehensweise definiert haben, gerne in der Rahmenprüfungsordnung verankert: Wie ist zu dokumentieren, wer ist zu informieren, was gibt es für Strafen? Auf Lehrveranstaltungsebene im Bachelorstudium reicht sicherlich eine Strafarbeit, mit nochmaliger Anfertigung der gewünschten Arbeit, für eine Maximalnote von 4,0. Oder es gibt eine 5,0 und ein Versuch ist weg. Eventuell sollte eine Nachschulung zum Thema wissenschaftliches Arbeiten anstehen.

Wenn es sich allerdings um eine Abschlussarbeit handelt, eine Masterveranstaltung oder gar eine Promotion bzw. Veröffentlichung von einem Kollegen, müssen ernste Konsequenzen folgen. Jede Hochschule hat einen Ombud für gute wissenschaftliche Praxis. Diese Stelle sollte bei Plagiaten im wissenschaftlichen Bereich eingeschaltet werden.

Ein englisches Sprichwort sagt: An ounce of prevention is worth a pound of cure. Vorbeugen ist besser als bestrafen, besonders in der Wissenschaft. Wir sollten uns als Hochschulen auf unseren Bildungsauftrag besinnen. Auch wenn es eine perfekte Software geben würde, um Plagiate zu erkennen, dieses Werkzeug wäre machtlos gegen Auftragsschreiber. Es liegt in unserer ethischen Verantwortung als Lehrkräfte, die Lernenden über akademische Integrität aufzuklären und darauf zu bestehen, dass die Standards eingehalten werden!

Artikel zuerst erschienen in: Forschung & Lehre, März 2011

Sichtbarkeit als Herausforderung

Publikationsförderung in der Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin
– ein Modell im Wandel

Dr. Anita Runge,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
der Zentraleinrichtung zur Förderung von
Frauen- und Geschlechterforschung an der
Freien Universität Berlin



Titelbild des Bandes 12 (Neue Folge) der
Reihe „Ergebnisse der Frauen- und
Geschlechterforschung an der
Freien Universität Berlin“

1 Vgl. www.zefg.fu-berlin.de/publikationen/querelles_jahrbuch/index.html;
neu: www.querelles.de.

Wissenschaftliche Anerkennung ist das Ergebnis eines Kommunikationsprozesses. Erst wenn eine wissenschaftliche Leistung in erkennbarer Weise rezipiert wird und dokumentierbare Resonanz erfährt, entstehen Renommee und Reputation. Zu den frühen Erkenntnissen einer feministischen Wissenschafts- und Institutionenkritik gehörte die Einsicht, dass dieser Prozess weder ‚naturwüchsig‘ abläuft noch gerecht ist: Die Vorstellung, dass Qualität sich schon durchsetze, wurde als Ideologem eines akademischen Betriebes identifiziert, der seine eigenen Exklusionsmechanismen verschleiert. Der Nachweis der Benachteiligung von Frauen, aber auch des Bereichs der Frauen- und Geschlechterforschung insgesamt bei der Vergabe von akademischen Stellen, bei der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, beim wissenschaftlichen Austausch im Rahmen von Tagungen, nicht zuletzt auch bei den Publikationsmöglichkeiten, führte zur Einrichtung von Förderprogrammen und einer aus heutiger Perspektive als Erfolgsgeschichte zu bezeichnenden Verbesserung der Partizipationschancen von Frauen im Wissenschaftsbetrieb und einer Anerkennung der Geschlechterforschung als eigenständiges Forschungsfeld.

Neben Drittmitteln, Auszeichnungen, Preisen gehört das Veröffentlichen in angesehenen Zeitschriften bzw. Buchreihen zu den wichtigsten Voraussetzungen wissenschaftlicher Reputation. Die Selektionsmechanismen im Publikationsbetrieb begünstigen den wissenschaftlichen Mainstream. Für ein neu zu etablierendes Forschungsfeld wie die Geschlechterforschung, aber auch im Hinblick auf die Aufhebung der Benachteiligung von Nachwuchswissenschaftlerinnen wurde es daher bereits Mitte der 1980er Jahre als notwendig erachtet, Fördermaßnahmen für wissenschaftliches Veröffentlichen umzusetzen. Die Freie Universität Berlin hat 1985 als erste Universität im deutschsprachigen Raum ein entsprechendes Programm eingerichtet und ist bis heute die einzige Universität, die dieses Konzept konsequent verfolgt und weiterentwickelt. Eine erste Idee, die Unterstützung des Drucks von Dissertationen aus der Frauen- und Geschlechterforschung durch Zuschüsse, wurde 1985 durch die Gründung der Reihe *Ergebnisse der Frauenforschung an der Freien Universität Berlin* umgesetzt.¹

Die Entwicklung des Programms von dieser Gründung bis zur Ende 2010 erfolgten Bewilligung eines DFG-Projekts zum Thema „Geschlechterforschung und Open Access. Ein Publikationsmodell für ein inter-/transdisziplinäres Feld“ (vgl. dazu auch den Beitrag von Marco Tullney) spiegelt die Transformationen wider, von denen das Feld der Geschlechterforschung, die Konzepte zur Gleichstellung in akademischen Institutionen, aber auch die wissenschaftliche Publikationspraxis insgesamt gekennzeichnet sind.

Zugespielt lässt sich dieser Wandel als Weg von der Förderung ‚minoritärer‘ Wissenschaft und ihrer Vertreter/innen hin zum selbstbewussten, innovativen Umgang mit den Chancen und Risiken von wissenschaftlicher Marginalität beschreiben.

1985 ging es zunächst darum, *überhaupt* zu ermöglichen, dass die im Rahmen von Qualifikationsverfahren und wissenschaftlichen Projekten entstandenen Frauen- und Geschlechterforschungsergebnisse in traditionellen Verlagen veröffentlicht werden konnten. Es galt, den Vorurteilen gegenüber der wissenschaftlichen Relevanz entsprechender Studien durch die Etablierung einer streng begutachteten Reihe in einem angesehenen Verlag zu begegnen. Gleichzeitig sollten durch die Vergabe von Druckkostenzuschüssen Wissenschaftlerinnen auch finanziell gefördert werden, die sich in der Regel eben seltener auf gesicherten Stellen, sondern zumeist unter prekären Arbeitsbedingungen qualifizieren mussten. Der Erfolg der Reihe (1985 – 2007: 69 Bände) lässt sich daran ablesen, dass sie in gewisser Weise überflüssig geworden ist: Nahezu alle renommierten Verlage in den Geistes- und Sozialwissenschaften haben inzwischen Frauen- und Geschlechterforschung/Gender Studies zum Bestandteil ihrer Programmplanung gemacht; einige spezialisieren sich mit Buchreihen oder Zeitschriftenprojekten nachhaltig in diesem Bereich. Publikationsorte und -angebote sind ebenso ausdifferenziert und vielfältig wie das Feld selbst, so dass die Zusammenfassung der Ergebnisse in einer Reihe ebenso obsolet ist wie die Unterstützung des traditionellen Dissertationsdrucks aus öffentlichen Mitteln.

Noch Mitte der 1990er Jahre wurde es als wichtig angesehen, dass auch für die Frauen- und Geschlechterforschung diejenigen Formen wissenschaftlichen Publizierens zur Verfügung stehen, in denen üblicherweise die wissenschaftliche Kommunikation in etablierten (Sub-)Disziplinen stattfindet. Damit verbunden war die Hoffnung, dass die Nutzung konventioneller Formate und Publikationsmodelle zur Aufhebung der nach wie vor bestehenden Rezeptionssperren gegenüber der Geschlechterforschung beitragen könnte. *Die Reihe Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität* wurde entsprechend 1996 um ein interdisziplinäres Jahrbuch (*Querelles*)¹ und 2000 um eine Rezensionszeitschrift zur Frauen- und Geschlechterforschung (*querelles-net*) erweitert.²

Mit der Rezensionszeitschrift *querelles-net*, die von Anfang an ausschließlich elektronisch publiziert wurde und seit einem Relaunch 2009 als Open-Access-Zeitschrift erscheint, wurde die Leitidee der Publikationsförderung an der Freien Universität Berlin erneut modifiziert: Anstelle des Versuchs der Anpassung an die in den Geistes- und Sozialwissenschaften gängigen Formate und Publikationsmodelle ist die Arbeit an eigenständigen, innovativen Veröffentlichungsformen für die Geschlechterforschung getreten. Das Ziel ist, die Publikationspraxis in der Geschlechterforschung nicht nachholend an die momentan rasante Entwicklung des wissenschaftlichen Publizierens anzupassen, sondern diese Entwicklung mitzugestalten. Dabei sollen die speziellen Anforderungen eines Feldes berücksichtigt werden, das durch unterschiedliche Fächerkulturen, inter-bzw. transdisziplinäre Strukturen und gleichzeitig immer noch durch eine spezielle Randständigkeit gekennzeichnet ist. In den neuen Modellen soll insbesondere das kritische Potential dieser Marginalität fruchtbar gemacht werden, das es ermöglicht, Mainstream-Entwicklungen auf ihre Konsequenzen hin zu überprüfen und experimentell Alternativen zu erproben. Die auf dieser Grundlage im Rahmen eines DFG-Projekts entwickelten Publikationsmodelle stellen keine „Insellösungen“ dar, sondern können auf andere ähnlich strukturierte Forschungsfelder übertragen werden.



Titelbild des Bandes 15 (2010) von *Querelles. Jahrbuch für Frauen- und Geschlechterforschung*

² Vgl. www.querelles-net.de.

Die Modernisierung wissenschaftlichen Publizierens in der Geschlechterforschung durch Open Access

Marco Tullney, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt ‚Geschlechterforschung und Open Access‘ an der Freien Universität Berlin

Die Orientierung am Open-Access-Paradigma und das Veröffentlichen von kostenfrei zugänglichen und mit weitreichenden Nutzungsrechten versehenen Publikationen sind für die Geschlechterforschung innovativ und bieten spannende Möglichkeiten für die Entwicklung des Forschungsfeldes. Angesichts von Rezeptionsvorbehalten gegen die Geschlechterforschung versprechen die erhöhte Sichtbarkeit und Zugänglichkeit große Chancen. Welche Wege die Geschlechterforschung gehen kann und auf welche technischen, organisatorischen und rechtlichen Bausteine dabei gesetzt werden kann, soll in einem gerade begonnenen DFG-Projekt an der Freien Universität Berlin herausgearbeitet werden. Dabei soll auch ein Beitrag dazu geleistet werden, die Faszination an den neuartigen Formen und Möglichkeiten des Publizierens zu vermitteln und eine Rückwirkung auch auf Inhalte und Arbeitsformen der Geschlechterforschung explizit anzustreben.

Wandel im Publikationsbetrieb

Der wissenschaftliche Publikationsbetrieb ist seit einiger Zeit größeren Wandlungsprozessen und einem steigenden Modernisierungsdruck unterworfen. Neue technische Lösungen ermöglichen andere Formen der Planung, Erstellung und Veröffentlichung von Publikationen. Befördert werden diese Entwicklungen durch die so genannte Zeitschriftenkrise, in deren Folge die Kosten für das Abonnement von Fachzeitschriften stark gestiegen sind, was die Etats von Bibliotheken höher belastet, mit der Folge, dass diese immer mehr Abonnements kündigen müssen. Auch die zentrale Mitwirkung von Wissenschaftler/innen an wissenschaftlichen Zeitschriften und anderen Publikationen verändert sich: Elektronische Erstellungsweisen erleichtern beispielsweise die Kooperation von Wissenschaftler/innen an verschiedenen Orten, Veränderungen der Kostenstruktur bei neuartigen Publikationsweisen begünstigen das Zustandekommen zeitgemäßer Publikationsorte, die nicht notwendig auf Verlage angewiesen sind, sondern von Forschungseinrichtungen, Bibliotheken oder gänzlich in

Eigenregie betrieben werden können. Dass bereits jetzt zahlreiche Dienstleistungen im Publikationsbetrieb unbezahlt durch Wissenschaftler/innen übernommen werden (von der Herausgabe über Begutachtungen bis hin zu Lektorat und Korrektorat, teilweise sogar zum Layout) – selbst dort, wo Verlage involviert sind – ist bereits ein Grundstein für ein stärker auf die Bedürfnisse der beteiligten Wissenschaftler/innen ausgerichtetes Publikationssystem.

Die Zeitschriftenkrise korrespondiert mit der Frage, warum wissenschaftliche Publikationen, deren Erstellung in aller Regel schon aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden ist, anschließend ebenfalls aus öffentlichen Mitteln wieder angeschafft werden müssen – ganz zu schweigen von den sonstigen Rezeptionshindernissen, die Kosten und Beschränkungen der Nutzungsrechte darstellen. Unter dem Schlagwort Open Access wird deshalb seit einiger Zeit der – finanziell und rechtlich – freie Zugang zu wissenschaftlicher Literatur gefordert und häufig schon erfolgreich gewährt. Auf der Basis freier Lizenzen, die einerseits die Rechte der Urheber/innen schützen, andererseits aber die Nutzung, Bearbeitung und Verbreitung der Werke pauschal gestatten, operieren bisher vor allem Open-Access-Zeitschriften, aber es werden in diesem Kontext auch gemeinfreie Werke (z.B. ältere Bücher, Kunstwerke) bereitgestellt. Weniger Verbreitung findet Open Access bisher bei Buchneuerscheinungen, jedoch gibt es hier einen starken Trend, die Entwicklung nachzuholen. Schließlich wirft die Modernisierung auch die Rollenverteilung im Publikationsbetrieb durcheinander: Die Herausgabe unter eigener Verantwortung wird wieder attraktiver, neue Publikationsdienstleister treten auf und Verlage müssen ihr Dienstleistungsangebot schärfen und Kosten, die sie auf die Autor/innen abwälzen, stärker rechtfertigen als zuvor. Wenn auch oft noch langsam, bauen Hochschulen ihre entsprechenden Infrastrukturen (Publikationsserver für Zeitschriften und einzelne Bücher, Artikel etc.) und Beratungsangebote dennoch nach und nach aus.

Die Veränderungen im Publikationsbetrieb korres-

pondieren mit Veränderungen in der Wissenschaftslandschaft insgesamt: Einerseits wird vermehrt kooperativ, interdisziplinär und international gearbeitet (und dies wird auch erwartet), was Schwierigkeiten etwa der Verständigung auf Qualitätsstandards und Arbeitsweisen mit sich bringt. Andererseits führt der gestiegene Konkurrenzdruck zwischen Hochschulstandorten, aber auch zwischen einzelnen Wissenschaftler/innen, in Verbindung mit einem gestiegenen Spardruck und Kostenbewusstsein dazu, dass Forscher/innen und ihre Einrichtungen einem permanenten Rechtfertigungszwang und einem Zwang zur Sichtbarmachung der eigenen Aktivitäten und Resultate unterliegen. (Zumindest geht die Entwicklung in diese Richtung.)

Chancen für die Geschlechterforschung

Für die Geschlechterforschung birgt diese Entwicklung Chancen und Risiken. Bislang sind ihre Erkenntnisse nicht selbstverständlicher Teil des wissenschaftlichen Mainstreams, und das Forschungsfeld als Ganzes unterliegt starken Vorbehalten bezüglich seiner Wissenschaftlichkeit. Nach wie vor ist umstritten, ob es sich um eine Disziplin mit eigenen Theorien und Methoden handelt oder aber um ein inter- oder transdisziplinäres Forschungsfeld; dies erweckt den Eindruck einer gewissen Unübersichtlichkeit. Sichtbarkeit und Reputation zu steigern sowie Qualität zu belegen, sollten also nach wie vor wesentliche Ziele für die Geschlechterforschung sein, insbesondere, wenn über die bisher geschaffenen Nischen und Institutionalisierungsversuche hinausgegangen werden soll (vgl. hierzu auch den Beitrag von Anita Runge in diesem Heft).

Es gibt in der deutschsprachigen Geschlechterforschung so gut wie keine Open-Access-Publikationen.¹ Auch in den Disziplinen, aus denen ein Großteil der Geschlechterforscher/innen stammt, den Geistes- und Sozialwissenschaften, spielt Open Access bisher keine herausragende Rolle – ebenso übrigens wie standardisierte Verfahren der Qualitätssicherung oder -messung. Dies hängt zu einem großen Teil mit der bereits angesprochenen geringen Ausbreitung von Open Access im Buchbereich zusammen, da Bücher und Buchreihen nach wie vor die wesentlichen Publikationsformen in diesen Wissenschaften sind. Aber sicherlich spielt auch eine Rolle, dass die Risikobereitschaft, auf neue Publikationsweisen (elektronisch, Open Access, Selbstverlag bzw. neuer Verlag) zu setzen, in einem um Anerkennung kämpfenden Feld vielleicht geringer ist als in Bereichen, in denen bereits erworbene Anerkennung, institutionelles und persönliches Gewicht in neugegründete, innovative

Publikationen übernommen werden können. Für eine positive Open-Access-Orientierung in der Geschlechterforschung wird es auch wichtig sein, Entscheidungen zwischen eigenen, eventuell redundanten Lösungen und der Anpassung an bereits existierende Ansätze zu treffen. Die bisher existierenden Angebote haben einen starken Bias in Richtung Naturwissenschaften, und sie konzentrieren sich auf Zeitschriften. Für die Geisteswissenschaften gibt es, insbesondere in Bezug auf Open Access bei Büchern, erste Ansätze. Große Wissenschaftsverlage sind inzwischen auf den Open-Access-Zug aufgesprungen, bringen aber eigene Profiterwartungen und damit zusätzliche Kostenfaktoren ein. In diesem Feld eine an den Bedürfnissen der Wissenschaftslandschaft und der Geschlechterforschung orientierte Entwicklung innovativ mitzugestalten, statt sich einige Jahre später dann festen Sachzwängen unterwerfen zu müssen, ist ein wesentliches Motiv des Projektes wie auch anderer Open-Access-Aktivitäten in seinem Umfeld.

Schließlich werden auch Arbeitsformen und Inhalte der Geschlechterforschung von einer Entwicklung hin zu mehr freien, mehr elektronischen Publikationen beeinflusst werden – neue Formen der Zusammenarbeit, des Schreibens und der Darstellung von Inhalten sind unmittelbar abzusehen, wenn etwa ganz neue Materialzugänge möglich werden oder neue Fragestellungen aus verschiedenen Perspektiven gleichzeitig in den Blick genommen werden können.



Das DFG-Projekt

Im Anfang Mai 2011 begonnenen DFG-Projekt *Geschlechterforschung und Open Access* soll die Ausbreitung des Open-Access-Paradigmas in der Geschlechterforschung befördert werden, und es sollen spannende, innovative Lösungen für dieses Forschungsfeld vorgeschlagen werden. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, wie Open Access und dokumentierte Qualitätssicherung für die Geschlechterforschung nutzbar gemacht werden können und welche Schritte hierfür gangbar sind. Es wird davon ausgegangen, dass die einfache Zugänglichkeit und erhöhte Sichtbarkeit, die Open-Access-Publikationen bieten, eine große Chance für die Geschlechterfor-

schung darstellen, auch außerhalb einzelner Teilbereiche und Nischen wahrgenommen zu werden und den Dialog mit jeweils angrenzenden Disziplinen zu fördern.

Da sowohl die Geschlechterforschung als Forschungsfeld als auch die freie Veröffentlichung als Publikationsweise starken Vorbehalten ausgesetzt sind, kann eine solche vielversprechende Umorientierung nur funktionieren, wenn es gelingt, Qualitätsstandards mit einzubeziehen. Hierbei sind verschiedene Modelle denkbar, die sich aber alle an der Erwartung großer Teile der Wissenschaftslandschaft orientieren müssen, dass Qualität unabhängig geprüft werden soll – in traditionellen oder modernisierten Fassungen des Peer Review.

Die Ergebnisse des Projektes sollen so transparent wie möglich bereitgestellt werden. Damit verbunden sind auch der Anspruch und die Erwartung, Ergebnisse vorzulegen, die für andere inter- bzw. transdisziplinäre Bereiche übertragbar oder anpassbar sein können. Es ist für die hier zu behandelnden Fragen auch weitgehend unwichtig, ob man von Geschlechterforschung als einem interdisziplinären Feld oder einer eigenen Disziplin ausgehen möchte – die starken interdisziplinären Effekte sind in jedem Fall vorhanden.

Durch die Förderung dieses Projekts unterstützt die DFG die Bearbeitung einer Fragestellung, die sowohl für die Forschungs- und Wissenschaftspraxis in der Geschlechterforschung als auch für die Wissenschaftsinfrastruktur wichtig ist. Gleichzeitig wird deutlich gemacht, dass die DFG ihr Bekenntnis zu Open Access ernst nimmt und dass das Anliegen der Projektgruppe, Open Access auch in bezüglich ihres Publikationsverhaltens eher traditionellen Bereichen zum Durchbruch zu verhelfen, unterstützt wird. An der Freien Universität Berlin reiht sich dieses Projekt ein in verschiedene kleinere und

größere Open-Access-Projekte, die hier bereits stattfinden – häufig ebenfalls mit Drittmittelunterstützung.

Die Projektverantwortlichen freuen sich über aktuelles und zukünftiges Interesse von Kolleg/innen in- und außerhalb der Freien Universität. Im Projekt sollen entsprechende Kontakte weiter genutzt und ausgebaut werden, um Fachkolleg/innen und weitere Expert/innen mit einzubeziehen.

Der Erfolg guter Konzepte hängt wesentlich davon ab, dass entsprechende Entwicklungen auf den Problemanalysen und Zielvorstellungen der Kolleg/innen im Forschungsfeld fußen und die entscheidenden Akteurinnen und Akteure mitwirken können. Nicht zuletzt dient deshalb das Projekt ‚Geschlechterforschung und Open Access‘ auch der Anregung zum intensiven Dialog über das wissenschaftliche Publizieren in der Geschlechterforschung.

Das DFG-Projekt *„Geschlechterforschung und Open Access. Ein Publikationsmodell für ein inter-/transdisziplinäres Forschungsfeld“* läuft von Mai 2011 bis April 2012.

Antragsteller/innen: Dr. Anita Runge (FU Berlin), Prof. Dr. Bettina Hannover (FU Berlin).

Kontakt: marco.tullney@fu-berlin.de.

Informationen unter

<http://open-access-to-gender-research.de/?cat=3>.

Informationen zu Open Access allgemein:

Open Access bei CeDiS:

www.cedis.fu-berlin.de/open-access

Informationsplattform open-access.net

<http://open-access.net>

¹ Vgl. hierzu Anita Runge/Marco Tullney: Artikel ‚Geschlechterforschung‘, Informationsplattform open-access.net, http://open-access.net/de/oa_in_verschiedenen_faechern/geschlechterforschung/. Zu den Ausnahmen gehören die Rezensionsschrift querelles-net und das Jahrbuch Querelles, vgl. den Artikel von Anita Runge in diesem Heft.

Open Access an der Freien Universität Berlin

Seit der *Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen*¹ vom 22. Oktober 2003 steht für führende Wissenschaftsorganisationen die Notwendigkeit außer Frage, das wissenschaftliche Publizieren langfristig von einem kostenpflichtigen Subskriptions- hin zu einem für Leser/innen freien Open-Access-Modell zu transformieren (vgl. hierzu exemplarisch die Positionspapiere der Deutschen Forschungsgemeinschaft²; für eine kurze Einführung in die Hintergründe siehe den Beitrag von Marco Tullney in diesem Band und ausführlich die Informationsplattform open-access.net, an der auch die Freie Universität Berlin beteiligt ist).

Der Präsident der Freien Universität hat im Januar 2006 die Berliner Erklärung unterzeichnet, am 23. Juli 2008 hat der Akademische Senat eine Open-Access-Policy³ für die Freie Universität verabschiedet. Für den „grünen Weg“ ist die Universitätsbibliothek zuständig, die ein institutionelles Repository für die Archivierung und nachträgliche oder parallele digitale Verfügbarmachung von Veröffentlichungen vorhält, die nicht Open Access publiziert wurden. Das Center für Digitale Systeme (CeDiS) ist für den „goldenen Weg“ verantwortlich, d.h. das Hosting und den Support von Open-Access-Zeitschriften sowie die Unterstützung von Redaktionen, die DFG-Anschub- oder Transformationsmittel in Anspruch nehmen (wollen). Zusätzlich richtet die Freie Universität Informationsveranstaltungen zum Thema Open Access⁴ aus und ist in unterschiedliche Drittmittelprojekte in diesem Themenfeld involviert. Aktuell hat das Präsidium nach einer Umfrage in allen Fachbereichen und Einrichtungen einen Antrag im DFG-Förderprogramm *Open Access Publizieren* gestellt, mit dem Ziel, einen Open-Access-Publikationsfonds für die eigenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzurichten.

Für weitere Informationen zu Open Access an der Freien Universität stehen die Mitarbeiter/innen der Universitätsbibliothek und des Centers für Digitale Systeme (CeDiS) gern zur Verfügung.

CeDiS: www.cedis.fu-berlin.de/open-access

UB: www.ub.fu-berlin.de/dokuserver

¹ <http://oa.mpg.de/lang/de/berlin-prozess/berliner-erklarung/>

² http://www.dfg.de/dfg_magazin/forschungspolitik_standpunkte_perspektiven/open_access/

³ <http://www.cedis.fu-berlin.de/open-access/OA-FUB/>

⁴ Siehe zur Dokumentation rückliegender Veranstaltungen z.B. die „Open-Access-Tage 2008“ (http://open-access.net/de/aktivitaeten/open_access_tage/archiv/open_access_tage_2008) und die „Zukunftsgespräche Open Access 2010“ (<http://www.zukunftsgespraech.de>); im September wird an der Freien Universität die internationale „PKP Scholarly Publishing Conference 2011“ (<http://www.pkp2011.de>) stattfinden.

Dr. Katja Mruck,
Koordination E-Publishing / Open Access,
Center für Digitale Systeme (CeDiS)

Dr. Remco van Capelleveen,
Leiter der Zugangsabteilung
der Universitätsbibliothek
der Freien Universität Berlin



Schreibkompetenz entwickeln!

Edith Püschel, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung der Freien Universität Berlin

Wissenschaftliches Schreiben ist Handwerk und Methode. Neben dem Fachwissen soll jedes Studium auch akademische Arbeitsweisen und -techniken vermitteln, doch die Professionalisierung im wissenschaftlichen Schreiben gelingt oft nicht, Hausarbeiten und Abschlussarbeiten werden und bleiben oft hohe Hürden im Studienverlauf. Mit der Umstrukturierung der Studiengänge hat sich diese Situation leider nicht grundsätzlich geändert. In vielen Fachdisziplinen werden zwar weniger schriftliche Ausarbeitungen verlangt und die Anforderungen sind geringer in Bezug auf die Seitenzahl und damit auch in Hinblick auf die Komplexität der zu bearbeitenden Fragestellungen. Aber die veränderten Bedingungen haben nicht dazu geführt, eine Lernumgebung zu etablieren, in der durch angeleitete Praxis sowie substantielle Rückmeldungen die geforderten Fähigkeiten schrittweise aufgebaut werden könnten. Die Chance, Studierenden mehr Sicherheit und Kompetenzerleben beim Verfassen von wissenschaftlichen Arbeiten zu ermöglichen und sie in ihrer Motivation und ihrem Selbstvertrauen zu stärken, wurde kaum genutzt. Nach wie vor sind die schriftlichen Aufgaben für zu viele Studierende nicht selbstverständliches Arbeitsmittel, sondern bedrohliche Herausforderungen, die möglichst vermieden werden wollen. Das ist schade, denn Schreiben könnte an den Hochschulen zu mehr genutzt werden als zur Leistungsüberprüfung.

Erlebte Schwierigkeiten mit dem wissenschaftlichen Schreiben lassen viele Studierende an sich selbst zweifeln. Unsicherheiten schwächen ihr Selbstfähigkeitskonzept, untergraben ihr Selbstbewusstsein und sind nach wie vor ein häufig genannter Grund, die Abgabe von Arbeiten und damit den Studienabschluss zu verzögern oder das Studium ganz aufzugeben. Selbst erfolgreiche Studierende fühlen sich, was ihre handwerklichen Fertigkeiten betrifft, oft nicht ausreichend gut ausgebildet und schlecht betreut. Seminare zum wissenschaftlichen Schreiben oder Schreib-Coaching werden auch von Promovierenden noch eingefordert und der Boom an Nachhilfeangeboten beweist das empfundene Defizit der universitären Ausbildung und Betreuung hinsichtlich der Kompetenz, wissenschaftliche Texte zu verfassen. Schreibprobleme sind ein Ausgangspunkt für die Entwicklung weitergehender Arbeits- und Leistungsstörun-

gen. Studierende und Promovierende, die ihre Schwierigkeiten mit dem Schreiben angehen wollen, finden nur selten Unterstützung an ihren Fachbereichen und sind auf Hilfe von psychologischen Beratungsstellen und Schreib-Coaches angewiesen. Dabei gibt es viele Ansätze und evaluierte Konzepte für eine erfolgreiche Schreibdidaktik, auf die Bezug genommen werden könnte. Auch die ABV-Module böten Gelegenheit, systematisch akademische Schreibkompetenz zu lehren. Verschiedene Schreibstrategien sowie Besonderheiten verschiedener Textsorten und die jeweiligen erforderlichen Formvorschriften könnten, verknüpft mit wissenschaftlichen Inhalten, geübt werden.

Der Umstand, dass Schreiben an deutschen Hochschulen für viele Studierende ausschließlich mit Leistungsnachweisen verbunden bleibt, also immer an das Ende eines Lernprozesses gekoppelt ist, ist bedauerlich. Denn Schreiben kann den Verlauf des Erkenntnisweges produktiv unterstützen. Schreiben präzisiert das Denken und die Niederschrift der Gedanken eröffnet neue Assoziationsräume, die beim bloßen Bedenken eines Sachverhalts mitunter verschlossen bleiben. Die Aneignung von Erkenntnissen gelingt über das Auffinden eigener Formulierungen von wissenschaftlichen Ideen und Zusammenhängen. Schreiben kann in dieser Hinsicht diskursive Erfahrungen ersetzen und dient, ähnlich wie ein Fachgespräch mit einem interessierten Gegenüber, zur ‚Verfertigung der Gedanken‘.

Die Entwicklung von handwerklichen Fertigkeiten hängt von der Organisation repetitiver Phasen ab. Wie beim Sport oder in der Musik sind auch handwerkliche Aspekte des Studiums nicht lediglich über Informationsgaben, sondern durch wiederholte, begleitete Lernprozesse zu erlernen. Praktiken erwirbt man wie jedes handwerkliche Vorgehen durch wiederholtes Üben, man überlegt und macht gleichzeitig. Man schreibt und überdenkt den geschriebenen Satz in einem neuen, der anschließt, verdeutlicht oder differenziert. Hierzu ist der Rückgriff auf kreative Methoden bewährt. Sie erleichtern es, Gedanken zu versprachlichen und niederzuschreiben ohne dass der Schreibfluss vorschnell korrigierend unterbrochen wird. Das Prozesshafte des Schreibens kann mit dem Einüben solcher Schreibstrategien betont werden: Von der Idee zum Text gelangt man über verschiede-

dene Arbeitsschritte, über Vortexte die inhaltlich und sprachlich ergänzt und überarbeitet werden können.

Studierende brauchen neben Strategien, wie sie ohne Scheu ins Schreiben kommen, auch Hinweise, wie sie ihre Überlegungen strukturieren, darstellen und argumentativ vertreten können. Viele haben große Scheu, die eigenen Gedanken zu wissenschaftlichen Inhalten in (eigene) Worte zu fassen, so dass sie sich hinter den Gedanken anderer verstecken. Wissenschaftliche Texte sollen Fragen beantworten, Zusammenhänge strukturiert aufarbeiten und fokussiert zu einzelnen Aspekten Stellung beziehen. Das gestehen sich Studierende oft nicht zu, sie benötigen Anleitungen, wie Gelesenes moderiert und zueinander in Beziehung gesetzt werden kann, wie man wissenschaftliche Positionen systematisiert und kommentiert, wie man argumentiert. Wenn man die einzelnen Arbeitsschritte getrennt übt, gelingt dies leichter. Zentrale Aussagen erfassen, eigene Kommentare dazu schreiben, komplexe Inhalte strukturiert darstellen, all das gehört zur Produktion wissenschaftlicher Texte. Allerdings muss man verstehen, dass manches davon den eigentlichen Text erst vorbereitet, dass erst die Überarbeitung und das Zusammenfügen solcher schriftlicher Vorbereitungen den eigentlichen Text entstehen lässt. Viele Studierende überspringen mehrere dieser Arbeitsschritte (beziehungsweise wissen nicht, in welche Teilaufgaben die Textproduktion zerlegt werden kann) und sind dann verzweifelt, weil sie über die Aneinanderreihung von Paraphrasen nicht hinauskommen. Je weniger jemand lernen konnte, eigene wissenschaftliche Überlegungen (selbstbewusst) auszudrücken, desto schwerer ist es, ein Thema einzugrenzen und zu vertiefen und die Argumentation eigenen Ideen folgend zu strukturieren. Gleichzeitig ist der Schreibvorgang durch eigene Ansprüche stark akzentuiert. Schreiben ist ein selbstreflexiver Arbeitsprozess, der dazu verführt, jeden Ausdruck genau zu kontrollieren und selbstkritisch mit den inneren Standards (die dem Endprodukt zuzuordnen

sind) zu vergleichen. Das führt dazu, dass die gedankliche Entwicklung der Argumentation immer wieder unterbrochen wird, dass an Details verbessert wird und es selten zu einem befriedigenden, fließenden Arbeitsprozess kommt.

Experimentelle Einstellung zum eigenen Tun gewinnt man über eine lernfreundliche Arbeitsumgebung. Es sollten deshalb ausreichend Veranstaltungen / Tutorien zur Verfügung stehen, in denen Studierende ihr Repertoire an Schreibtechniken und -strategien erweitern und die Überzeugung gewinnen können, dass Texte aus Entwürfen, aus ersten Formulierungen durch wiederholte Überarbeitungsschritte nach und nach entstehen. Ermutigung könnte erfahren werden durch Rückmeldungen auch für „kleine Texte“, wie die Anfertigung von Zusammenfassungen und Kommentaren, das Moderieren von verschiedenen Aussagen über eine wissenschaftliche Idee, das Erarbeiten von Kriterien zur Beurteilung von Konzepten und ähnliches: Gezieltes Feedback für Texte, deren Note nicht schon in die Note des Abschlusses eingeht. Gelegenheiten, Selbstvertrauen zu entwickeln, das stärkt Kompetenz und Motivation.

Wissenschaft lebt von Kommunikation, und die Fähigkeit, wissenschaftliche Texte zu verfassen, ist von wesentlicher Bedeutung für Zufriedenheit und Erfolg, nicht nur im Studium, sondern auch in vielen akademischen Berufen. Eine sorgfältige Unterrichtung in den handwerklichen Aspekten des Studiums sollte mehr als gelegentlicher Surplus sein, nämlich ein etabliertes Angebot für Studierende, die Bedarf haben, sich darin gezielt zu verbessern. Dazu gehört die Möglichkeit, sich verlässlich Rückmeldung einzuholen, um Fehler zu verstehen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Wenn Schreiben als Medium genutzt wird, um sich Wissen zu erarbeiten, stärkt dies auch die kommunikativen Fähigkeiten. Dazu braucht man methodische Tipps und Ausdauer, Zuversicht und eine experimentelle Einstellung, denn immer wieder ist Schreiben ein Voran-Scheitern – Handwerk eben!

Die Pressestelle an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit

Christa Beckmann, Leiterin der Stabsstelle Presse und Kommunikation

Die Stabsstelle Presse und Kommunikation informiert Journalistinnen und Journalisten sowie die interessierte Öffentlichkeit über Neues aus Forschung und Lehre der Freien Universität. Pro Jahr gibt sie rund 400 Pressemitteilungen heraus – über Auszeichnungen, Forschungsergebnisse, die Förderung neuer Projekte und vieles mehr. Mit dem Newsletter *Wissenschaft aktuell* erhalten Journalistinnen und Journalisten regelmäßig Thementipps für Reportagen, Berichte und Porträts.

Zudem vermitteln wir den Kontakt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Freien Universität zu Medienvertretern. Der Expertendienst, der an die Medien versendet wird, benennt wissenschaftliche Fachleute zu aktuellen Themen. Eine Liste von Expertinnen und Experten der Freien Universität mit ihren Forschungsschwerpunkten wird auch im Internet veröffentlicht. Dafür fragen wir regelmäßig nach Schwerpunkten und freuen uns, wenn uns neue Projekte mitgeteilt werden. Bei wichtigen hochschulpolitischen Fragen, herausragenden Forschungsergebnissen und brisanten Themen lädt die Freie Universität zu Pressekonferenzen und Expertenforen ein.

Um die Öffentlichkeit über die Freie Universität zu informieren, gibt die Pressestelle auch eigene Publikationen heraus. Die Beilage im *Tagesspiegel* über Neues aus Wissenschaft und Forschung der Freien Universität erscheint sechs Mal im Jahr und liegt der Zeitung bundesweit bei. Das Wissenschaftsmagazin *fundiert* erscheint zweimal jährlich. Es bündelt unter einem Thema allgemein verständliche Beiträge aus verschiedenen wissenschaftlichen Fachgebieten. Die Beiträge verfassen in der Regel beauftragte freie Journalistinnen und Journalisten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pressestelle. Außerdem entwickelt die Pressestelle Broschüren und

Faltblätter, um die Universität vorzustellen, zum Beispiel das Kurzporträt, das Sie bei Veranstaltungen auslegen oder auf Reisen mitnehmen können. Wenn Sie Informationsmaterial benötigen, können wir Ihnen außerdem Poster und das Filmporträt auf DVD in mehreren Sprachen und Längen an die Hand geben.

Innerhalb der Pressestelle betreut die Online-Redaktion den zentralen deutsch- und englischsprachigen Internetauftritt der Freien Universität. Hier finden Sie auch Videoaufzeichnungen sowie Fotos und das Filmporträt zum Download. Im Veranstaltungskalender werden Termine angekündigt, beispielsweise von Vorträgen und Konferenzen. Im Online-Magazin *campus.leben* berichten wir täglich über Aktuelles aus dem Hochschulalltag, aus Forschung und Lehre und stellen Menschen aus der Universität vor. Das Online-Magazin richtet sich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studierende und die interessierte Öffentlichkeit. Die Rubrik *Intern* enthält exklusive Nachrichten für Angehörige der Universität.

Gern stellen wir die Leistungen von Wissenschaftlerinnen der Freien Universität ins rechte Licht: Informieren Sie uns über Ihre Forschungsprojekte und Veranstaltungen. Teilen Sie Neuigkeiten aus Ihrem Arbeitsgebiet und dem Hochschulalltag mit. Die Pressestelle versucht, mit Ihnen das richtige Veröffentlichungsformat zu finden. Lassen Sie uns Ihre Forschungsschwerpunkte wissen, damit wir Ihre Expertise an die Medien vermitteln können. Wenn Sie eine Pressekonferenz planen, unterstützt Sie die Pressestelle bei Konzeption und Ablauf. Wollen Sie ein Faltblatt oder eine Broschüre, eine Website oder eine Filmdarstellung entwickeln, beraten wir Sie gern. Wir freuen uns auf den Kontakt mit Ihnen! Telefon: 838-73180, presse@fu-berlin.de

Umkämpfte Begriffe: Gleichheit – Gerechtigkeit – Umverteilung

PD Dr. Susanne Lettow, Gastprofessorin für Sozialphilosophie/Politische Philosophie der Geschlechterverhältnisse an der Freien Universität Berlin

Bei den Begriffen der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Umverteilung handelt es sich um „umkämpfte“ Begriffe, d.h. ihre Bedeutung ist nicht an sich herrschaftskritisch oder herrschaftsförmig, sondern ob das so ist, hängt von dem Begriffsnetz und den politischen Zusammenhängen ab, in denen sie verwendet werden. Vor diesem Hintergrund wende ich mich im Folgenden einigen Paradoxien der drei Begriffe zu. Ich beginne mit dem Begriff der Gleichheit.

Als politische Forderung ist „Gleichheit“ fest im Denken der Aufklärung und der französischen Revolution verankert. Doch schon die Formel „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ macht ein zentrales Problem deutlich: Gleichheitsforderungen sind keineswegs universalistisch, d.h. sie schließen nicht einfach „alle Menschen“ ein, sondern sind von einer partialen Perspektive getragen, die oft entnannt wird. Dies ist von Anfang an bemerkt und kritisiert worden. So hat Olympe des Gouges 1791 die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ als Antwort auf den falschen Universalismus der Aufklärung und der Revolution formuliert. „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Mann an Rechten gleich“ – heißt es in Replik auf den ersten Satz der Erklärung der Menschenrechte von 1789, der lautet: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es“. Dabei war auch schon früh klar, dass der falsche Universalismus nicht allein hierarchische Geschlechterverhältnisse unsichtbar macht und auf diese Weise festigt. Auch in den Debatten, die während der Französischen Revolution um die Sklaverei und ihre Abschaffung geführt wurden, waren die Grenzen der Gleichheit deutlich. Keineswegs galt es als selbstverständlich, dass Sklaverei mit den Gleichheitsvorstellungen der französischen Revolutionäre unvereinbar ist. Wenn Toussaint de Louverture, Protagonist der Haitianischen Revolution, die 1791 mit einem Aufstand von Sklaven in der französischen Kolonie Saint Domingue begann, sagt: „Ich möchte, dass Freiheit und Gleichheit in San Domingo herrschen. Ich arbeite dafür, sie zu verwirklichen“, handelt es sich vielmehr um eine subversive und kämpferische Aneignung des Gleichheitsbegriffs, um eine Bedeutungsverschiebung, die in die bestehenden Machtverhältnisse interveniert.

So gut wie alle emanzipatorischen Bewegungen, die sich im Diskursuniversum der Aufklärung und der Moderne bewegen, haben ein kritisches Verhältnis zum Gleichheitsbegriff und zu Gleichheitspolitiken entwickelt. Dabei richtet sich die Kritik zumeist nicht allein auf den Ausschluss aus dem vermeintlich Allgemeinen, sondern zielt noch auf ein weiteres Problem: Gleichheitsforderungen erweisen sich grundsätzlich als unzulänglich, wenn es darum geht, Verhältnisse der Ungleichheit zu verändern. Denn zwischen ‚formaler‘ und ‚materieller‘ Gleichheit klafft nicht nur eine Lücke, sondern formale Gleichheit kann materielle Gleichheit geradezu verschärfen. Deutlich kommt dies in der Sentenz des französischen Schriftstellers Anatole France zum Ausdruck: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Reichen und Armen gleichermaßen Brot zu stehlen, zu betteln und unter Brücken zu schlafen.“² Und, geht man hier noch einen Schritt weiter, zeigt sich, dass selbst materielle Gleichheit keineswegs reale Gleichheit garantiert. Schließlich lässt jede Art von Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und Gleichverteilung die Ungleichheit von Lebenslagen und Bedürfnissen außer Acht. Dieser Gedanke findet sich zum Beispiel in Marx’ Kritik an der Forderung nach gleichem Lohn. Den männlichen Arbeiter vor Augen, argumentiert er, dass egalitäre Verteilung keineswegs wirkliche Gleichheit hervorbringt. Schließlich muss je nach Familiensituation eine unterschiedlich große Anzahl von Personen – Marx denkt an Hausfrauen und Kinder – davon leben. „Um alle diese Missstände zu vermeiden“, folgert er, „müsste das Recht statt gleich vielmehr ungleich sein.“³

Diese Problematik stellt sich nun grundsätzlich mit Blick auf die Besonderheit von Bedürfnissen aller Art, seien sie durch Geschlecht, soziale Positionierung, kulturelle Differenzen, Unterschiede in Hinblick auf Alter, Gesundheit oder andere Formen der Verschiedenheit bedingt. Vor allem stellt sich die Frage, was eigentlich die Maßstäbe der Gleichheit sind, also wer mit wem in welcher Hinsicht „gleich“ sein soll. Schließlich ist „Gleichheit“ ein Vergleichsbegriff und wo der Vergleich nicht explizit zum Thema und zum Gegenstand der Auseinandersetzung wird, meint Gleichheit immer auch Anglei-

chung an eine Norm. Genau an diesem Punkt setzt die feministische Kritik am Gleichheitsbegriff und an Gleichheitsstrategien an. Dabei wird nicht nur die männliche Norm, die implizit in traditionellen Gleichheitspolitiken vorausgesetzt wird, in Frage gestellt, sondern es werden auch die westlichen, mittelständischen, heteronormativen und „weißen“ Normen feministischer Gleichheitsvorstellungen kritisiert und ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit entledigt. Differenz- und Diversity-Konzepte haben hier ihren Ursprung. Sie brechen mit den problematischen Universalisierungen, die der Gleichheitsdiskurs hervorbringt, und versprechen eine Lösung der strukturellen Probleme von Gleichheitspolitik.

Dennoch erweist sich auch der Verzicht auf den Gleichheitsbegriffs als problematisch. Denn entweder kommt es zu einer Überhöhung und Festschreibung von Differenzen, wie etwa die Zelebrierung von Weiblichkeit im Differenzfeminismus zeigt. Oder aber es kommt zu einer Auflösung von sozialen Konflikten, von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in eine endlose Reihe unverbundener Verschiedenheiten. Problematisch ist daran natürlich nicht die Vielfalt von Verhältnissen, Erfahrungen und Perspektiven, die so zur Sprache gebracht wird. Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Zusammenhänge verschiedener Formen von Ungleichheit und die Bedingungen, die diese allererst hervorbringen, nicht gedacht werden. Erst vor dem Hintergrund einer umfassenden Auflösung von gesellschaftlichen Konfliktzusammenhängen in „Diversität“, also in eine Vielfalt von gleichzeitig und nebeneinander bestehenden Unterschieden, stellt sich dann das Problem der „Intersektionalität“, nämlich die Frage, wie das Unverbundene verbunden ist.

Auf der anderen Seite sprechen all jene offensiven Politiken der Ungleichheit, insbesondere neoliberale Gerechtigkeitstheorien, die Gleichheit und Gerechtigkeit entkoppeln, dagegen, sich vom Gleichheitskonzept zu verabschieden. Diese argumentieren mit dem Gerechtigkeitsbegriff, demgegenüber ebenso Skepsis angebracht ist, wie gegenüber dem Gleichheitsbegriff. In der Antike, etwa bei Aristoteles ist Gerechtigkeit mit der Vorstellung „Jedem das Seine“ verbunden, d.h. gerecht geht es demzufolge zu, wenn alle statusgerecht behandelt werden: der Sklave als Sklave, die Frau als Frau, der freie Mann als freier Mann. Da es in der Antike kein „Individuum“ und keine Vorstellung abstrakter Gleichheit gibt, erstaunt dies nicht – wohl aber wenn dieser Gedanke im 21. Jahrhundert im Kontext der Auseinandersetzungen um die Zukunft von Sozialstaatlichkeit auftaucht. Übersetzt in neoliberale Gerechtigkeitstheorien liest sich die Auffassung des Aristoteles bei dem Philosophen Harry Frank-

furt zum Beispiel so: „Jeder Person sollten die Rechte, die Achtung, die Rücksicht und die Anteilnahme zukommen, auf die sie kraft dessen, was sie ist und was sie geleistet hat, Anspruch erheben kann“⁴. Hier wird noch einmal deutlich, was mit dem Begriff der Gleichheit auf dem Spiel steht, nämlich die Kritik der Ungleichheit und ihrer Ursachen, also die Kritik der systematischen Produktion von Ungleichheit. Mit dem Begriff der Gerechtigkeit verhält es sich also wie mit dem der Gleichheit: Er ist dehnbar, umkämpft und dennoch oder gerade deshalb – als Medium der Auseinandersetzung – unverzichtbar in der politischen Sprache und der der politischen Theorie. Die Frage ist also: Welche Gerechtigkeit?

Hier stellen sich zwei grundsätzliche Fragen: 1. Was wird verteilt? 2. Wer verteilt an wen? Zumeist werden diese Fragen in Debatten über Verteilungsgerechtigkeit nicht gestellt. Die Rede von Verteilungsgerechtigkeit geht vielmehr von einer gegebenen Summe von Gütern aus, die verteilt werden sollen. Die Leitfrage ist dann: Wer bekommt wie viel? – bzw. wem steht was zu? Dabei gerät der Prozess der Produktion des Reichtums bzw. der zu verteilenden Güter aus dem Blick, sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht. Eine Frage, die der nach Verteilungsgerechtigkeit vorgelagert ist, wäre demnach: Was soll verteilt werden? Diese Frage schließt die Frage danach ein, wie das zu Verteilende entsteht und warum es überhaupt auf eine solche Weise entsteht, die Umverteilung notwendig macht. Gerade auch in ökologischer Hinsicht sind diese Fragen nach der Genese und der Qualität der Objekte von Verteilung zentral – man denke etwa an die Debatten um Klimagerechtigkeit und die Verteilung von Verschmutzungsrechten.

Werden die Bedingungen, die Umverteilungsstrategien allererst auf den Plan rufen, nicht hinterfragt und verändert, tendieren Politiken der Umverteilung dazu, bestehende Machtverhältnisse festzuschreiben. Die Sozialphilosophin Nancy Fraser unterscheidet daher zwischen „affirmativer“ – also den Status quo festschreibender – und „transformativer“ Umverteilung.⁵ Dabei geht es also um Formen der Umverteilung, die darauf zielen die strukturelle Trennung zwischen den Verteilenden und denjenigen, denen etwas zugeteilt wird, aufzuheben. Dies macht es notwendig, die Institutionen und Prozeduren der Verteilung so zu verändern, dass sie umfassende Partizipation erlauben. Statt möglichst unstrittige Kriterien festzulegen, nach denen „von oben“ nach „unten“ umverteilt werden kann, kommt es in dieser Perspektive gerade darauf an, den „Streit“ um Formen, Funktionen und Verfahren von Umverteilung auszuweiten, also möglichst Viele in eine „Politik der Bedürfnisinterpretation“ (Fraser)

einzu beziehen. Gerade weil Kriterien dafür, was gerechte Verteilung ist, extrem komplex sind und Institutionen und Individuen nie in einem herrschaftsfreien Raum agieren, sondern immer schon auf bestimmte Art sozial positioniert und durch die Herrschafts- und Machtverhältnisse geprägt sind, in denen sie existieren, können demokratische Formen von Verteilungsgerechtigkeit nur auf eine Erweiterung von Partizipation und Handlungsfähigkeit setzen. Das Problem, dass jede Perspektive auf die zu verhandelnden Fragen partial ist und sowohl blinde Flecken als auch strategische Ausblendungen enthält, wird dadurch nicht gelöst – weil es nicht gelöst werden kann. Dennoch kann an die Stelle einer Leugnung oder bloß imaginären Lösung, die durch Festlegung von Kriterien

dafür, wem etwas zusteht und wem nicht, die Auseinandersetzungen um Bedürfnisse und Bedürfnisinterpretationen stilllegen will, nur die Orientierung auf Partizipation treten. Verteilungsgerechtigkeit, so ließe sich zusammenfassen, ist nur möglich wenn diese als „transformativer“ Prozess gefasst wird, der umfassende Mitsprache in Hinblick auf das Was und Wie der Verteilung voraussetzt. Dies ist freilich ein unendlicher, unabschließbarer Prozess. Nichts liegt dem ferner als ein Denken in feststehenden „Gruppen“ oder „Kategorien“, denen dies oder jenes zugeteilt wird. Schließlich stehen in einer solchen Politik der Umverteilung die Subjekte der Verteilung selbst mit auf dem Spiel, die sich aktiv positionieren, sich verändern und neue Verbindungen eingehen.

1 Zit. n. Sternfeld, Nora: „Wem gehört der Universalismus?“, <http://eipcp.net/transversal/0607/sternfeld/de>, letzter Zugriff 31.5.2011

2 Zit. n. Kriele, Martin: *Einführung in die Staatslehre*. Opladen 1995, 229

3 Marx, Karl: *Kritik des Gothaer Programms*. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Werke*. Bd 19, 21

4 Frankfurt, Harry: „Gleichheit und Achtung“. In: Angelika Krebs (Hrsg.): *Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik*. Frankfurt/Main 2000, 38 – 49.

5 Fraser, Nancy: *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt/Main 2001.

„Männliche“ Forschung – „weibliche“ Lehre?

Ein neues Projekt am Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Wenngleich sich deutsche Universitäten seit der Zulassung weiblicher Studierender vor über 100 Jahren grundlegend verändert haben und der Frauenanteil im wissenschaftlichen Personal kontinuierlich ansteigt, sind Frauen in entscheidungsmächtigen Positionen auch heute noch systematisch unterrepräsentiert. Die zunehmende Öffnung der Universitäten hat in einigen Refugien männlicher Dominanz (C4-/W3-Professuren, Präsidien/Rektorate) bisher kaum Spuren hinterlassen. Allerdings sind in den letzten Jahren universitäre Stellenstrukturen und auch professorale Besoldungsregelungen durch verschiedene Prozesse (Föderalismusreform, rechtliche De-Regulierung, universitäre Steuerungsreform, ...) grundlegend in Bewegung geraten. Inwieweit diese Entwicklungen geeignet sind, die bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheitsmuster an deutschen Universitäten aufzuweichen oder auch zu verschärfen, erforschen seit Mitte 2010 WissenschaftlerInnen am Institut für Hochschulforschung Wittenberg (HoF). Die Konsequenzen flexibilisierter universitärer Stellenstrukturen und Besoldungsregelungen aus geschlechtersoziologischer Perspektive stehen im Zentrum des Forschungsprojekts mit dem Kurztitel *LehrWert*, das vom BMBF im Rahmen des Förderprogramms *Frauen an die Spitze* gefördert wird.

Romy Hilbrich,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Institut für Hochschulforschung an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



Projektteam (v. l.):
 Dr. Anke Burkhardt
 Dr. Karin Hildebrandt
 Robert Schuster, Dipl. Soz.
 Romy Hilbrich, Dipl. Soz.
 (nicht im Bild) Doreen Trümpfer und
 Claudia Kieslich
 (Foto: HoF/König)

Weitere Informationen zum Projekt -
 „Männliche“ Forschung – „weibliche“ Lehre?
 Konsequenzen der Föderalismusreform für
 Personalstruktur und Besoldung am Arbeits-
 platz Universität stehen unter
[http://www.hof.uni-halle.de/projekte/f_und_l_](http://www.hof.uni-halle.de/projekte/f_und_l_an_hochschulen.htm)
[an_hochschulen.htm](http://www.hof.uni-halle.de/projekte/f_und_l_an_hochschulen.htm) zur Verfügung.

Kontakt:
karin.hildebrandt@hof.uni-halle.de oder
 telefonisch unter 03491/466-245
romy.hilbrich@hof.uni-halle.de oder
 telefonisch unter 03491/466-142

Die zunehmende Ausdifferenzierung von lehr- und forschungsbezogenen Stellen – nicht nur im akademischen Mittelbau – legt zunächst eine horizontale Segregation von Stellen nahe, die allerdings in Verbindung mit der bestehenden Reputationsasymmetrie zwischen Lehre und Forschung in eine vertikale Segregation übergeht. Vor dem Hintergrund der traditionellen Überrepräsentanz von Frauen in lehrbezogenen Stellen und ihrer Unterrepräsentanz in der Forschung ist zu fragen, wo aus geschlechterpolitischer Perspektive Risiken, aber auch Chancen einer weiteren Ausdifferenzierung von Lehr- und Forschungsstellen liegen. Hier stehen sich auf der einen Seite die Möglichkeiten der weiteren Öffnung der Universitäten für Wissenschaftlerinnen und auf der anderen Seite das Risiko eines kollektiven Bedeutungs- und Reputationsverlustes der Lehre gegenüber. Die ideelle und materielle Abwertung von Berufsfeldern im Zusammenhang mit ihrer Feminisierung wurde von Soziologinnen wie beispielsweise Angelika Wetterer beobachtet. Dass Frauen allerdings auch Spuren in Organisationskulturen und Entscheidungsstrukturen hinterlassen und auf diese Weise organisationalen Wandel initiieren und befördern, gerät oftmals in den Hintergrund. Im Projekt *LehrWert* sollen gerade die Ambivalenzen von Chancen und Risiken, Öffnung und Abwertung, Wandel und Persistenz von Geschlechterasymmetrien jenseits schematischer Darstellungen beleuchtet werden.

Die Flexibilisierung der professoralen Besoldung mit der Umstellung der C- auf die W-Besoldung wird durch die Einführung flexibler leistungsbezogener Besoldungsbestandteile erzeugt, die im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen, für die Übernahme akademischer Ämter und Funktionen sowie für besondere Leistungen in Forschung und Lehre vergeben werden können. Erste Untersuchungen lassen vermuten, dass diese Besoldungsflexibilisierung einen neuen Gender-Pay-Gap in der Gruppe der Professoren und Professorinnen hervorbringt. Die Mechanismen der Herstellung dieser Einkommensdifferenzen sollen im Projekt *LehrWert* identifiziert werden. Hierbei soll aber auch gefragt werden, inwieweit die Berücksichtigung von Lehraktivitäten in der leistungsabhängigen Besoldung durch Professorinnen in besonderer Weise genutzt werden kann.

Die Umsetzung der W-Besoldung in den einzelnen Universitäten ist, bis auf einige wenige Ausnahmen, noch kaum erforscht, das Projekt stellt die erste dezidiert geschlechtersoziologische Untersuchung zu diesem Thema dar. Ein erstes Anliegen des Projekts besteht in der Erhebung von Daten, die die aktuelle Besoldungspraxis der Universitäten einer geschlechtersoziologischen Analyse zugänglich machen. Hierfür werden die aktuell geltenden Besoldungsregelungen bundeslandspezifisch ausgewertet, die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aller Universitäten in einer standardisierten Befragung befragt und in ausgewählten Universitäten VertreterInnen der Universitätsleitungen sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte teilstandardisiert befragt. Schließlich sollen mit 15 Professorinnen und Professoren Tiefeninterviews zu ihren Erfahrungen mit der W-Besoldung geführt werden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns aktiv bei unserem Vorhaben unterstützen würden, insbesondere sind wir an den Erfahrungen von Professorinnen und Professoren interessiert, die einen Ruf mit Schwerpunkt Lehre oder Forschung erhielten sowie über Berufungsverhandlungen und/oder den Umgang mit flexibler Besoldung an ihrer Hochschule berichten würden.

Das Berliner Chancengleichheitsprogramm

Gastdozentinnen und Gastprofessorinnen an der Freien Universität Berlin

Im Rahmen des seit 1999 laufenden Landesprogramms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre haben die Berliner Universitäten und Fachhochschulen die Möglichkeit, Förderungen für bestimmte Maßnahmen zu beantragen. Ziele sind dabei die Verstärkung von Genderaspekten in Forschung und Lehre, die Erhöhung des Frauenanteils an den Professuren und die Überwindung bestehender struktureller Hindernisse.

Seit Oktober 2010 konnten mit Hilfe dieses Programms an der Freien Universität Berlin unter anderem siebzehn Gastprofessuren und -dozenturen mit hoch qualifizierten Wissenschaftlerinnen besetzt werden. Finanziert wird diese Maßnahme zu 2/3 durch das Berliner Chancengleichheitsprogramm und zu mindestens 1/3 aus zentralen Mitteln. Um eine optimale Integration in den Lehr- und Forschungsbetrieb in den Fachbereichen zu gewährleisten, wurde eine schnellstmögliche Realisierung angestrebt. Um die Lehre im Wintersemester 2011/12 voll abzudecken, werden die Stellen nach dem Auslaufen der Programmfinanzierung am 31. Dezember 2011 bis zum 31. März 2012 voll aus zentralen Mitteln der Freien Universität Berlin finanziert. Ein großer Teil der Stellen hat einen expliziten Bezug zur Geschlechterforschung und über die Hälfte ist in den Naturwissenschaften angesiedelt.

Die mit dieser Position verbundene Unabhängigkeit in der Forschungs- und Lehrtätigkeit, die Möglichkeit, eigenständig Drittmittel einzuwerben, die Einbindung in einen Fachbereich und damit in ein wissenschaftliches Netzwerk eröffnet für die Wissenschaftlerinnen die ideale Chance, sich in der Tätigkeit als Hochschullehrerin weiter zu profilieren und sich mit dem ‚Potential‘ der Berufserfahrung aussichtsreich auf ordentliche Professuren bewerben zu können. Darüber hinaus hat die erhöhte Sichtbarkeit von hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen eine verbesserte Akzeptanz und ein stärkeres Bewusstsein für die Möglichkeit und Notwendigkeit einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im wissenschaftlichen Betrieb zur Folge. Mit den Gastprofessuren und Gastdozenturen wird qualitativ hochwertige Lehre im Bereich Geschlechterforschung insbesondere auch in den naturwissenschaftlichen Disziplinen angeboten. Hinzu kommt, dass sich durch die gute Einbindung der Stellen in die bestehende Forschung die Möglichkeit eröffnet, innerhalb der Fachkultur Geschlechterforschung als Querschnittsthema zu stärken und nachhaltig zu verankern. Die Maßnahme wirkt so in besonderem Maße positiv auf die Auseinandersetzung mit entsprechenden Fragestellungen und kann dadurch längerfristig zu einem „Mainstreaming“ von Gender in Forschung und Lehre beitragen.

Auf den folgenden Seiten stellen sich einige der neuen Kolleginnen vor.

*Lilith Wanner,
wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften,
stellvertretende zentrale Frauenbeauftragte*

Gastdozentinnen und Gastprofessorinnen stellen sich vor

DR. NINA KOLLECK: Gastprofessorin für Nachhaltigkeitsgovernance mit Schwerpunkt in der Lehrerausbildung am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften



(Foto: privat)

Meine Zeit als Gastprofessorin im Umfang einer halben Stelle am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften möchte ich insbesondere dafür nutzen, weitere Studierende für die zukunftssträchtigen Themen Nachhaltigkeit und Governance zu begeistern. Als ehemalige Studentin mit Kindern ist es zudem mein Anliegen, mich für die Vereinbarkeit von Studium mit Kind bzw. Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit an der Freien Universität Berlin einzusetzen.

Ziel meiner Lehrveranstaltungen ist es, Studierenden einen Einblick in die Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung zu verschaffen und sie an kritisch-konstruktives wissenschaftliches Arbeiten heranzuführen. Dabei sollen Nachhaltigkeitsfragen nicht nur aus sozialwissenschaftlicher Perspektive beleuchtet werden, sondern darüber hinaus der Beitrag von Politik, Wirtschaft, Bildung, Forschung und Zivilgesellschaft in diesem Bereich erkennbar werden. Auch auf meine beruflichen Erfahrungen in politischen Organisationen (wie bspw. der ehemaligen GTZ in

Ecuador und in Kamerun oder dem Deutschen Bundestag) greife ich in diesem Kontext zurück, um den Bezug zur Praxis nicht aus den Augen zu verlieren.

Neben der Gastprofessur bin ich in Aktivitäten der Weltdekade der Vereinten Nationen *Bildung für nachhaltige Entwicklung* (2005 – 2014) eingebunden und koordiniere am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie ein Drittmittelprojekt, das sich vornehmlich mit der Analyse sozialer Netzwerke sowie der Qualitätsentwicklung der Bildung für nachhaltige Entwicklung auseinandersetzt.

Mir selbst bietet die Gastprofessur die Möglichkeit, meine Kompetenzen im Bereich der Lehre auszubauen und wichtige Fragestellungen mit den Studierenden des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften gemeinsam kritisch zu bearbeiten. Indem ich Seminare zu Themenfeldern meiner Forschungsschwerpunkte anbiete, erlange ich bedeutende Erfahrungen, die mich für die wissenschaftliche Laufbahn weiter qualifizieren. Nicht zuletzt bietet die Freie Universität Berlin einzigartige Kontakte zu prominenten Akteurinnen und Akteuren in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sowie ideale Anschlussmöglichkeiten an einschlägige Forschungsaktivitäten im Gebiet der Nachhaltigkeitsgovernance.

PD DR. SUSANNE LETTOW: Gastprofessorin für Sozialphilosophie und Politische Philosophie der Geschlechterverhältnisse am Institut für Philosophie



(Foto: privat)

Seit April diesen Jahres nehme ich eine Gastprofessur für Sozialphilosophie/ Politische Philosophie der Geschlechterverhältnisse am Institut für Philosophie wahr. Nachdem ich in den vergangenen Jahren vor allem am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien, einem Institute for Advanced Study, im Bereich der Forschung gearbeitet habe, gibt mir die Gastprofessur Gelegenheit nun an einem der größten Philosophischen Institute im deutschsprachigen Raum zu lehren und mich somit im Bereich akademischer Lehre stärker zu etablieren. Meine Lehrveranstaltungen beziehen sich zum einen auf zentrale Themen der Gegenwart wie Gleichheit und Ungleichheit, Theorien des Politischen und der Biopolitik sowie Debatten zu Geschlecht, Materialität und nicht-menschlicher Natur. Darüber hinaus behandle ich Fragen der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie in philosophiehistori-

scher Perspektive, etwa in Veranstaltungen zur Entstehung des Begriffs der „Rasse“ im ausgehenden 18. Jahrhundert oder zur modernen Geschlechterordnung bei Rousseau, Kant und Hegel. Um das Feld der Geschlechterforschung im Bereich Sozialphilosophie/Politische Philosophie in seiner ganzen Breite sichtbar zu machen, geht es in den Lehrveranstaltungen sowohl um eine Einführung in und Auseinandersetzung mit aktuellen Theorieentwicklungen im Bereich der Gender Studies/feministische Philosophie als auch um die kritische Lektüre klassischer Texte von Immanuel Kant bis hin zu Martin Heidegger und Hannah Arendt. Ein zentrales Anliegen ist mir die Entwicklung von Methodenkompetenz, also der Kompetenz vor allem auch implizite Geschlechterkonstruktionen analysieren zu können. Dazu gehört insbesondere die Fähigkeit, das Ungedachte, die Lücken und strategischen Auslassungen in philosophischen Texten zu rekonstruieren. Um sowohl die Gastprofessur als auch das Fachgebiet Sozialphilosophie/Politische Philosophie der Geschlechterverhältnisse innerhalb und außerhalb der FU sichtbar zu machen, plane ich für das WS 2011/12 einen internationalen Workshop zum Thema *Politik und Emanzipation*, zu der renommierte Geschlechterforscherinnen aus dem Bereich Politische Philosophie/Politische Theorie eingeladen werden sollen.

DR. SYBILLE IRENE MAYR: Gastdozentin für Experimentelle Gesteinsphysik am Fachbereich Geowissenschaften

Das Forschungsgebiet *Theoretische Gesteinsphysik* ist in der Fachrichtung Geophysik an der Freien Universität Berlin in Lehre und Forschung gut vertreten. Zur Theorie gehört aber immer auch die Praxis, daher sind zur Ergänzung und Unterstützung dieser Arbeiten zwingend systematische Messungen an Gesteinsproben im Labor notwendig. Für die Vorbereitung und Durchführung dieser Experimente sind langjährige Erfahrungen unabdingbar.

Mit der neuen Gastdozentur für Experimentelle Gesteinsphysik bietet sich mir die Möglichkeit, für die Dauer von zwei Semestern einen zusätzlichen experimentellen Schwerpunkt anzubieten. Im Rahmen von Vorlesung und Übungen werde ich Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten des experimentellen Arbeitens thematisieren und mit den Studierenden diskutieren. Diese Lehrveranstaltungen tragen dazu bei, den Forschungsbereich *Gesteinsphysik* an der Freien Universität Berlin signifikant zu stärken. Mir bietet die Gastdozentur die Möglichkeit, durch eigenständige Lehre mein Wissen über mineralogische und petrologische Erkenntnisse an die Studierenden weiterzugeben und ihnen die Relevanz des Themengebietes näherzubringen. Neben der Lehre werde ich die Chance nutzen, Veröffentlichungen vorzubereiten, die über laufende Projekte hinausgehen, z.B. zum Themengebiet *Petrophysical Properties of Impactites*. Dies dient auch der Vorbereitung einer Habilitationsschrift.

Als Frau in einem MINT-Fach möchte ich Frauen ermutigen, in einem Forschungsbereich Fuß zu fassen, der bisher von Männern dominiert wird. Aus eigener Erfahrung und eigenem Erleben weiß ich, wie wichtig hierfür positive Vorbilder und Kontakte zu aktiven Wissenschaftlerinnen sind. Die Arbeit als Gastdozentin bietet mir die Möglichkeit, Studentinnen dies anzubieten.



(Foto: privat)

DR. ANINA MISCHAU: Gastprofessorin für Genderstudien in der Mathematik und Didaktik der Mathematik am Fachbereich Mathematik und Informatik



(Foto: privat)

Meine Zeit als Gastprofessorin am Fachbereich Mathematik und Informatik möchte ich vor allem dazu nutzen, genderbezogene Inhalte und Aspekte in die Lehre beider Disziplinen zu bringen. Dabei geht es mir nicht allein darum, Studierenden der Mathematik und Informatik „Genderwissen“ für ihre Disziplinen bzw. Studiengänge zu vermitteln. Durch meine Lehrveranstaltungen möchte ich ihren Blick auch über den „disziplinären Tellerrand“ hinaus auf interdisziplinäre, genderbezogene Fragestellungen lenken und sie so ermutigen, die vermeintliche „Genderneutralität“ ihrer Disziplinen zumindest zu überdenken. Die meisten meiner Studierenden hier an der Freien Universität sind Lehramtsstudierende der Mathematik. Da Schule längst als eine bedeutende Arena der Herstellung und Reproduktion von Geschlechterdifferenzen benannt ist, möchte ich gerade sie, die zukünftigen Mathematiklehrer/innen, zu einer kritischen Reflektion der eigenen Biografie als vergeschlechtlichtes Subjekt sowie eigener handlungsleitender Geschlechterbilder oder Geschlechterstereotype anregen und hinsichtlich ihrer Rolle in Prozessen des „doing“ und/oder des „undoing gender“ in Schule und Unterricht sensibilisieren.

Mir selbst gibt die Gastprofessur vor allem die Möglichkeit, weitere Erfahrungen hinsichtlich der Chancen und Barrieren einer interdisziplinär ausgerichteten Lehre zu sammeln. Durch die Denomination der Gastprofessur sehe ich mich zudem nicht nur als Grenzgängerin zwischen unterschiedlichen Fachkulturen, sondern auch als Grenzgängerin zwischen Geschlechterforschung und den Disziplinen der Mathematik und Informatik, deren Vertreter/innen noch heute teilweise davon überzeugt sind, dass Gender für sie und/oder ihre Disziplin keine Relevanz hat. Diese Erfahrungen als „doppelte“ Grenzgängerin sind für meine eigene wissenschaftliche Weiterentwicklung und Positionierung sehr wertvoll. Da ich zudem in meinen Seminaren Themen anschneide, die eng mit meinen eigenen Forschungsfeldern verknüpft sind, sehe ich in der Gastprofessur auch die Möglichkeit, meine eigenen Ideen, Sichtweisen und Ansätze neu reflektieren zu können und neue Impulse für meine weitere wissenschaftliche Laufbahn zu erhalten. Nicht zuletzt bietet mir die Gastprofessur neue Möglichkeiten der Vernetzung und des Austausches, nicht nur mit Kolleg/innen hier an der FU, sondern auch mit Kolleg/innen anderer Berliner Hochschulen.

Berlin holt Doppelkarrierepaare an die Spree und steigert damit die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Berlin

Melania Anastasiadou, Referentin des Dual Career Service Berlin

Das Angebot eines Dual Career Services lässt sich aus dem Kanon um Chancengleichheit und mehr Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen kaum mehr weg denken. Auch im internationalen Vergleich gewinnt die Wissenschaftsregion Berlin damit an Attraktivität. Die Beratung von Doppelkarrierepaaren gehört bereits an vielen Hochschulen, insbesondere in den USA, zu den fest etablierten universitären Einrichtungen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt, die es nach Berlin zieht, ist zunehmend wichtig, dass ihre Partnerin oder ihr Partner ebenfalls eine angemessene Beschäftigung in der Region ausüben kann.

Dies war auch ausschlaggebend für die Entscheidung eines Paares, bei welchem der Mann den Ruf auf eine Professur hatte und seine Frau gerne weiter als Studienrätin arbeiten wollte. Die Rufannahme machten beide davon abhängig, ob es auch für die Frau entsprechende Angebote gibt. Ein Gespräch mit dem Dual Career Netzwerk bot hilfreiche Unterstützung dabei: Kontakte in die zuständigen Behörden wurden schnell und effektiv vermittelt und die beiden Doppelkarrierepartner an die beratenden Instanzen weitergeleitet, die sich darauf zudem um die Organisation eines Kinderbetreuungsplatzes kümmerten.

Der Schwerpunkt der Arbeit des Dual Career Netzwerks liegt also in der aktiven Unterstützung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ihrem beruflichen Wechsel an den Standort Berlin sowie in der Sicherstellung eines umfassenden Informationsangebotes bezüglich der Optimierung der Work-Life-Balance. Eine Garantie für die Vermittlung einer geeigneten Stelle kann das Dual Career Netzwerk selbstverständlich nicht geben.

Ziel ist es vielmehr, den Neustart in Berlin so reibungslos und erfolgversprechend wie möglich zu gestalten.

Wichtige Grundlage für die Arbeit des Dual Career Netzwerks Berlin ist eine umfassende Datenbank mit Profilen von Institutionen und Unternehmen. Diese Informationen sowie nützliche Linksammlungen werden Interessierten über das Internetportal www.dualcareer-berlin.de zur Verfügung gestellt. Neben Informationen und individueller Beratung zu professionellen Perspektiven gibt es deshalb auch Unterstützung zu Fragen hinsichtlich des Wohnens und Lebens in Berlin.

Die zweite dominante Säule der Arbeit des DCNB liegt in der Vernetzung der Berliner Hochschulen und der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, um den Pool an Beschäftigungsmöglichkeiten zu erweitern.

Daneben stellen Behörden und Verwaltungen sowie Wirtschaftsunternehmen und Betriebe wichtige strategische Partner dar. Auch die Zusammenarbeit mit Hochschulen, Institutionen und Unternehmen in Brandenburg wird kontinuierlich ausgebaut. Eine Auftaktveranstaltung am 01.09. soll die Kooperationen der jeweiligen Einrichtungen noch intensivieren und die Perspektiven für alle Beteiligten transparent machen. Der Wirtschaftsstandort Berlin braucht hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte. Von der systematischen Vernetzung aller Einrichtungen durch das Dual Career Netzwerk und der Bündelung der Stellenangebote und Profile für Interessierte auf beiden Seiten kann Berlin nur profitieren. Ein bei der Auftaktveranstaltung stattfindender Workshop soll dazu dienen, im Austausch weitere Anregungen für eine konstruktive und in die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit aller Netzwerkpartner zu bieten.

Nachruf auf Barbara Klemm



Barbara Klemm
(Foto: privat)

Im März diesen Jahres verstarb Barbara Klemm nach kurzer, schwerer Krankheit. Ich habe Barbara das erste Mal getroffen, als sie mich 1999 in ihrer Funktion als Mitglied des zentralen Frauenrats bei meiner Kandidatur für das Amt der zentralen Frauenbeauftragten befragte. Ihre Fragen waren fair, meine Antworten bestanden: Das war der Beginn einer langjährigen, verlässlichen und konstruktiven Zusammenarbeit.

Barbara war nicht nur bis zu ihrem Austritt aus der Freien Universität Mitglied im zentralen Frauenrat, sondern begleitete seit Bestehen des Plenums der Frauenbeauftragten die regelmäßigen Sitzungen als Gast und Vertretung des Personalrats Dahlem. Sie war für uns alle eine kompetente Ansprechpartnerin und Beraterin in schwierigen Personalfragen. Manch knifflige Angelegenheit, die sowohl die Frauenbeauftragte wie auch den Personalrat forderte, haben wir gemeinsam lösen können. Barbara setzte sich für die Belange von Frauen ein, ob als Personalvertreterin, als Mitglied des Frauenrats, als Gast des Plenums der Frauenbeauftragten oder als Gründungsmitglied der *Arbeitsgruppe gegen sexuelle Belästigung und Gewalt*.

Ihr Engagement für die Gleichstellung von Frauen reichte weit über die beruflichen Grenzen hinaus und war für sie eine politische Selbstverständlichkeit. Als sie 2009 in den Ruhestand ging, gab es vielfältige Pläne und sicherlich hätten wir sie bei der einen oder anderen Veranstaltung im Kontext der Freien Universität immer wieder getroffen.

Ihr plötzlicher Tod hat uns sehr bestürzt. Wir trauern um Barbara Klemm.

Mechthild Koreuber im Namen des Plenums der Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin

Die „familienpolitische Komponente“ im Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Ergebnisse der Hochschul-Informationssysteme GmbH Evaluation liegen vor

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Sich in Deutschland für eine wissenschaftliche Karriere zu entscheiden, bedeutet, sich auf einen beruflichen Weg einzulassen, der über viele Jahre von Unsicherheit geprägt ist. Denn außer der gesicherten Position der Professorin oder des Professors gibt es im deutschen Wissenschaftssystem kaum unbefristete Stellen. Arbeitsrechtliche Grundlage für die Befristung von Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft ist seit April 2007 das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Es regelt zum einen die „sachgrundlose Höchstbeschäftigungsdauer“, d.h. es schreibt vor, wie lange Wissenschaftler/innen an Hochschulen *befristet* beschäftigt werden dürfen. Dies sind derzeit bis zu 12 (bzw. 15) Jahre – 6 vor der Promotion und 6 (in der Medizin bis zu 9) nach der Promotion. *Dürfen* heißt hier, dass Wissenschaftler/innen danach nicht weiter „sachgrundlos“ *befristet* beschäftigt werden können, sondern entweder fest eingestellt werden oder die Hochschule verlassen müssen. Zum anderen regelt das WissZeitVG, unter welchen Voraussetzungen befristete Beschäftigungen in der Wissenschaft auch über die beschriebenen 12 (bzw. 15) Jahre hinaus möglich sind. Nämlich dann, wenn sie aus Drittmitteln finanziert werden, die zeitlich befristet für die Bearbeitung eines bestimmten Projekts an die Hochschule fließen. In diesen Fällen spricht das WissZeitVG von einem „wissenschaftsspezifischen Befristungstatbestand“ und regelt, dass Wissenschaftler/innen (wie auch Verwaltungspersonal), die zur Bearbeitung eines solchen zeitlich befristeten Projekts beschäftigt werden, weiter und für neue Projekte immer wieder befristet eingestellt werden können. Schließlich enthält das WissZeitVG als weitere Vertragsverlängerungsmöglichkeit die sogenannte familienpolitische Komponente, die besagt, dass sich die „sachgrundlose Höchstbeschäftigungsdauer verlängert ...“, wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Kinder betreuen – und zwar um zwei Jahre je Kind“ (Jongmanns 2011, 1).

*Dr. Sünne Andresen,
Referentin der zentralen Frauenbeauftragten
der Freien Universität Berlin*

Bewährtes Gesetz oder unbegrenzte Lizenz zum Befristen?

Bereits während des Gesetzgebungsverfahrens war im zuständigen Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung beschlossen worden, dass „die Wirkungen der mit dem WissZeitVG neu eingeführten Befristungsvorschriften“ (ebd.) untersucht werden sollten. Im Sommer 2008 wurde die *HIS Hochschul-Informationssysteme GmbH* in Hannover mit der Evaluation des Gesetzes beauftragt. Seit März 2011 liegen die Ergebnisse der Evaluation vor, die vom HIS-Mitarbeiter Herrn Dr. Georg Jongmanns durchgeführt wurde.

Während das zuständige Ministerium in einer Pressemitteilung (vom 9. März 2011) titelt: „Zeitvertragsgesetz hat sich bewährt“, sieht sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in ihrer Forderung nach einer grundlegenden Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule

und Forschung (vgl. Templiner Manifest) bestätigt, wenn sie schreibt, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz den Hochschulen eine „nahezu unbegrenzte ‚Lizenz zum Befristen‘“ (vgl. homepage.gew.de) an die Hand gibt.

Von ihrem jeweiligen Standpunkt aus haben beide wissenschaftspolitischen Akteure mit ihrer Einschätzung Recht. Bei der Bewertung der Ergebnisse ist nämlich zu berücksichtigen, dass die HIS-Studie die Evaluation des Gesetzes aus einer methodisch eingeschränkten Perspektive vornimmt. Ausgangspunkt der Untersuchung ist eben nicht der nachvollziehbare und verbreitete Wunsch nach mehr unbefristeten Arbeitsverhältnissen, nach planbaren Aufstiegswegen in der Wissenschaft und nach mehr Familienfreundlichkeit. Das Erkenntnisinteresse zielt vielmehr darauf ab, ein Gesetz zu evaluieren, das Befristungen in der Wissenschaft nicht kritisieren, sondern klar regeln soll. Entsprechend dieser Zielsetzung untersucht Jongmanns die Wirkungen des Gesetzes entlang der folgenden vier Kriterien (vgl. Jongmanns 2011, 17 ff.):

1. **SCHLÜSSIGKEIT** des rechtlichen Instrumentariums: Stimmen die wissenschaftspolitisch mit dem Gesetz verfolgten Absichten und das Regelwerk überein oder gibt es stellenweise immanente Unklarheiten?
2. **ANWENDUNGSQUALITÄT**: Ist das Gesetz nicht nur prinzipiell anwendbar, sondern wird in den wissenschaftlichen Organisationen auch tatsächlich angewendet?
3. **ERMÖGLICHUNG DER TEMPORÄREN VERBLEIBCHANCEN**: Haben sich mit dem WissZeitVG „zusätzliche Zeitfenster für wissenschaftliche Tätigkeiten“ (ebd. 20) eröffnet?
4. **ENTSCHEIDUNGSRELEVANZ**: Sind durch das Gesetz für die betroffenen Wissenschaftler/innen die beruflichen Perspektiven attraktiver geworden?

Jongmanns fasst zusammen: Wenn diese vier Kriterien erfüllt sind, „kann man unter den gegebenen Umständen unterstellen, dass das WissZeitVG dauerhaft und erfolgreich wirksam ist“ (ebd. 21).

Die Ergebnisse der Studie sind vielfältig und brisant. Wenngleich dies keine direkte Folge des WissZeitVG ist, so ist doch hervorhebenswert, dass die Untersuchung z.B. belegt, dass sich die Dauer der Arbeitsverträge für wissenschaftliches Personal in der jüngeren Vergangenheit dramatisch verkürzt hat. Über die Hälfte der sachgrundlos befristeten Arbeitsverträge der Wissenschaftler/innen mit und ohne Promotion haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr, so dass sich die Betroffenen von einer Verlängerung zur nächsten hangeln müssen. – Auch die familienpolitische Komponente des Gesetzes erfüllt kaum den anvisierten Zweck.

Vertragsverlängerungen aufgrund der familienpolitischen Komponente

Zunächst kommt Jongmanns in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass der „erweiterte Befristungsrahmen, der gewährt wird, wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Kinder betreuen (§ 2 Abs. 1 Satz 3), ... wegen seiner familienpolitischen Implikationen übereinstimmend begrüßt“ wird (ebd. 3). Im Widerspruch hierzu steht allerdings zweierlei: Erstens wird von dieser Regelung bisher kaum Gebrauch gemacht: In den Forschungseinrichtungen sind es 1 bis 2 %, in den Hochschulen deutlich unter 1 % der Arbeitsverträge, die sich auf diese Vorschrift stützen (vgl. ebd.).

Zweitens werden diese wenigen Vertragsverlängerungen aufgrund der familienpolitischen Komponente „überwiegend mit männlichen Beschäftigten abgeschlossen“ (ebd.).

Welche Erklärungen gibt die Studie für diese zwei Ergebnisse? Der Grund für die große Zurückhaltung bei der Anwendung der familienpolitischen Komponente könnte darin liegen, „dass die Hochschulen über kein mehrheitlich eindeutiges Verständnis von der Anwendbarkeit ... verfügen und dass die Befristungspraxis insofern von Unsicherheiten geprägt ist“ (ebd. 54f.). Dies betrifft vor allem die Frage, wie die Formulierung im Gesetz „Kinder betreuen“ zu verstehen ist, ob ein gemeinsamer Haushalt mit einem Kind ausreichend ist oder die tatsächliche Betreuungsleistung zu prüfen wäre und wie dies zu geschehen hätte.

Eine Erklärung für die verblüffende Tatsache, dass mehr männliche Wissenschaftler von der Regelung profitieren, erschließt sich vielleicht, wenn betrachtet wird, in welchen Fällen sie angewandt wird: „... von der Verlängerung der Höchstbeschäftigungsdauer (wird) fast ausschließlich für den Individualfall Gebrauch gemacht. Das maßgebliche Kriterium in den Einrichtungen lautet, wie es gelingen kann, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die man halten möchte, einen Arbeitsvertrag anzubieten, wenn die Höchstbefristungsdauer am Ende der ersten bzw. der zweiten Phase (der Qualifikation, S.A.) ausgeschöpft ist. Dafür wird jede belastbare Möglichkeit, die sich anbietet, genutzt.“ (Ebd. 55) Dass dem familienpolitischen Ziel des Gesetzgebers, der Wissenschaftler/innen ermutigen möchte bereits in der Phase der Qualifizierung, Kinder zu bekommen, damit in keiner Weise entsprochen wird, oder wie Jongmanns milde formuliert, sich dieses Ziel in dieser Praxis „nur mittelbar widerspiegelt“ (ebd.), bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Aber auch eine systematische Umsetzung der familienpolitischen Komponente des WissZeitVG, so das Fazit der Studie, lässt angesichts der vielfältigen und intensiven Anforderungen des Wissenschaftssystems, keine wirksamen Impulse auf die Entscheidung für Kinder erwarten. Dies legen die Äußerungen von Wissenschaftler/innen bei Gruppengesprächen im Rahmen der Studie nahe: Bei der Frage, wo sie grundsätzlich Probleme sehen, wenn es um die Umsetzung eines Kinderwunsches geht, war der Grund mit der höchsten Zustimmung die „unsichere berufliche Perspektive“ (ebd. 85). Die Verlängerung des Arbeitsvertrags um zwei Jahre pro Kind wird dabei als eine lediglich situative Hilfe gesehen, die am grundlegenden Dilemma der schwierigen Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie wenig ändert.

Literatur:

Georg Jongmanns (2011): Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. HIS Forum Hochschule 4/2011. Die Studie kann unter www.his.de als pdf heruntergeladen werden.

Befristungspraxis an der Freien Universität Berlin – Stellungnahme des Gesamtpersonalrats

Wie bewertet der Gesamtpersonalrat der Freien Universität Berlin die Wirkungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes? Was hält er von der Praxis der Befristung von Arbeitsverträgen an der Freien Universität? Hierzu bringen wir in der nächsten Ausgabe eine Stellungnahme von Julia Müller, der Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats.

Zertifikatsverleihung zum audit berufundfamilie

Michaela Volkmann,
Mitarbeiterin im Familienbüro
der Freien Universität Berlin

„Hinterm Horizont geht's weiter“ – Udo Lindbergs Musical stand am Abend des 25.5.2011 auf dem Programm des Theaters am Potsdamer Platz. Die „Stars“ des Vormittags waren 265 Arbeitgeber, darunter 34 Hochschulen, die für ihre familienbewussten „Hits“ mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet wurden. Mit der jährlichen Zertifikatsverleihung in Berlin wird das Engagement der Unternehmen, Institutionen und Hochschulen für eine familienbewusste Personalpolitik in einem feierlichen Rahmen gewürdigt. Die Veranstaltung findet unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie statt. Das audit der berufund-



Univ.-Prof. Dr. Brigitta Schütt, Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin, bekam die Auszeichnung überreicht von Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

(Foto: berufundfamilie gGmbH)

familie gGmbH ist eine Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung.

Die Freie Universität erhielt das Zertifikat bereits zum zweiten Mal. Als Arbeitgeberin bietet sie ihren Beschäftigten und Studierenden zahlreiche Maßnahmen an, die es ermöglichen, Beruf oder Studium besser mit Familie zu vereinbaren. Mit der erneuten Zertifizierung hat sich die Freie Universität für die nächsten drei Jahre auch neue Ziele gesteckt. Arbeitszeiten sollen noch stärker flexibilisiert werden, etwa durch Job-Sharing-Modelle. Die Situation und Bedürfnisse von Beschäftigten und Studierenden mit pflegebedürftigen Angehörigen sollen mehr ins Blickfeld rücken sowie ein auf Betroffene

abgestimmtes Unterstützungskonzept entwickelt werden. Bei der Kinderbetreuung gilt es, beschäftigten und studierenden Eltern für ihre Kinder Betreuungsmöglichkeiten und -modelle jenseits der Regelbetreuung anzubieten und zu schaffen wie zum Beispiel eine Konferenz- und Ferienbetreuung oder die Einrichtung eines Eltern-Kind-Zimmers. Hier wie in allen anderen Fragen zur Vereinbarkeit wird die Freie Universität – via Familienbüro – weiter daran arbeiten, eine attraktive Adresse für Wissenschaftler/innen und Bewerber/innen mit Familie zu sein und zu bleiben.

Da die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Studium hochschulpolitisch erwünscht und gesellschaftspolitisch unumgänglich ist, bedarf es neben Strukturveränderungen auch eines Bewusstseinswandels. Damit steht das Familienbüro auch für die kommenden Jahre vor einer großen Herausforderung: Führungskräfte, Vorgesetzte, Lehrende und Mitstudierende für das Thema Vereinbarkeit zu sensibilisieren. Gelingt das, so wäre damit an der Freien Universität ein Bewusstseinswandel erreicht – gar eine Horizonterweiterung.

Ein Sommerloch: Frühe Schulferien, lange Vorlesungszeit

Eine bessere Abstimmung von Schulferien und vorlesungsfreier Zeit wird vielfach gewünscht, ist bislang aber nicht erreicht worden. In diesem Jahr beginnen die Sommerferien mehr als zwei Wochen vor der vorlesungsfreien Zeit. Wohin also mit den Kindern? Dieser Frage nahmen sich auch die Familienbüros der Berliner Hochschulen an. Im Verbund mit dem Studentenwerk, der Charité und dem Umweltbundesamt organisierten sie für die Zeit vom 4. bis 22. Juli 2011 eine Kinderbetreuung für 4- bis 14-Jährige. Anmeldeschluss war der 16. Mai 2011. Leider gab es nicht genug Anmeldungen, so dass der Veranstalter, ein Jugend- und Kulturzentrum, das Angebot zurückzog. Ob eine Ferienbetreuung in dieser Form noch einmal angeboten wird, ist offen. Sicher ist, im Sommer 2012 tut sich eine noch größere Lücke auf zwischen dem Ferienbeginn am 20. Juni und dem Ende der Vorlesungszeit am 14. Juli 2012. Um erneut eine Ferienbetreuung für diesen Zeitraum planen und anbieten zu können, sind die Familienbüros darauf angewiesen, den Bedarf bzw. die Zahl der daran Interessierten zu kennen. Daher nimmt das Familienbüro der Freien Universität Anfragen zur Ferienbetreuung frühzeitig entgegen, um Lehrende und Beschäftigte der Freien Universität, die ihren Urlaub nur in der vorlesungsfreien Zeit nehmen können, zu entlasten.

Darüber hinaus informiert das Familienbüro auf der Website über Ferienangebote anderer Anbieter:
www.fu-berlin.de/familienbuero/news/Sommerferien_2011.html

*Michaela Volkmann,
Mitarbeiterin im Familienbüro
der Freien Universität Berlin*



Erste! Schulfrei ist nicht gleich
vorlesungsfrei
(Foto: NUSZ, Horthaus)

Märchenhaft – Lange Nacht der Familie

Noch eine lange Nacht – haben sich wohl manche gedacht. Nicht so die großen und kleinen Schwärmer, die am 14. Mai zur ersten Langen Nacht der Familie kamen und sich aus 101 Veranstaltungen die spannendste auswählen konnten. Die Freie Universität war auch dabei. Gemeinsam mit dem Botanischen Garten stand das Familienbüro mit einem Streifzug durch den Botanischen Garten im Programm. Für die Kleinsten gab es am frühen Abend statt Sandmännchen eine Führung durch die Gewächshäuser mit anschließender Gute-Nacht-Geschichte.

Veranstaltet wurde die erste Lange Nacht der Familie unter anderem vom Berliner Bündnis für Familie in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt, der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und lokalen Bündnissen für Familie. Die Schirmherrschaft hatte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit.

*Michaela Volkmann,
Mitarbeiterin im Familienbüro
der Freien Universität Berlin*



Die Hochschule strukturell verändern. Gleichstellung als Organisationsentwicklung an Hochschulen

Dr. Sünne Andresen, Referentin der zentralen Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin

Das vorliegende Buch verfolgt zwei anspruchsvolle Ziele: Es will erstens Bausteine für eine „zeitgenössische Theorie der Gleichstellung“ (28) liefern sowie zweitens ein Konzept der „Idealen Hochschule der Geschlechtergerechtigkeit“ (16) entwickeln. Beide Ansprüche werden auf der Basis einer empirischen Studie umgesetzt, in der drei Jahre lang (von 2006 – 2008) die Gleichstellungsprozesse an 15 deutschen Hochschulen erstmals vergleichend erfasst, dokumentiert und interpretiert wurden. Während der Ausarbeitung der Theorie wurden Zwischenergebnisse immer wieder einer fachkundigen Öffentlichkeit (z.B. den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der untersuchten Hochschulen) zur Diskussion präsentiert. Aus diesem dialogischen Vorgehen ist mit dem *Netzwerk Gleichstellung an Hochschulen* ein neuer gleichstellungspolitischer Akteur hervorgegangen, dem mittlerweile 34 Hochschulen angehören.

Ihre Theorie der Gleichstellung entwickeln die Autorinnen aus einem reflektierten Resümee der mittlerweile 40jährigen Gleichstellungspraxis, das die gängigen gendertheoretischen Diskurse (Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion) ebenso mit

einbezieht wie die Entwicklungen im Feld der Gleichstellungspolitik. Ein Ergebnis der Studie ist, dass die ältere Strategie der Frauenförderung zunehmend von der des Gender Mainstreamings abgelöst wird, die „im Bewusstsein der Hochschulen und Akteure die maßgebliche Bedeutung erlangt“ (18). Die Autorinnen begrüßen diese Entwicklung, denn diese Verschiebung habe zur Folge, dass Hochschulen als „gendered institutions“ (48) in den Blick geraten, d.h. als Organisationen, in denen die Bedingungen für die Entstehung von Geschlechterungleichheit auf mindestens drei Ebenen untersucht und verändert werden müssen: auf der strukturell-organisatorischen, auf der interaktionalen und auf der personalen Ebene (vgl. 39).

Die Kriterien für die „ideale Hochschule der Geschlechtergerechtigkeit“ entwickeln Macha u.a. aus ihrem Modell der „Stellschrauben“, die „miteinander ein System der Einflussfaktoren (bilden), verändert man nämlich eine Stellschraube, so wirkt sich dies immer auf die Gesamtstruktur des Systems bzw. auf den Prozess der Gleichstellung aus“ (59). Identifiziert werden insgesamt zehn Stellschrauben: 1. Definition von Visionen und Zielen, 2. gemein-

sam von der Hochschulleitung und der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vorgenommene Festlegung auf eine Gleichstellungsstrategie, 3. Erstellung einer Gender-Daten-Analyse, 4. Formulierung eines Gleichstellungskonzepts, 5. Gender-Trainings für die Hochschulleitung, 6. Prozess begleitende Steuerung durch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, 7. Steuerung und Controlling durch die Hochschulleitung, 8. Bildung von kollektiven AkteurInnen, 9. Forschungsbasierte Konzeptionierung von Maßnahmen, 10. Controlling und wissenschaftliche Evaluation.

Das Buch gibt nicht nur einen aufschlussreichen Überblick über den derzeitigen Stand der gleichstellungspolitischen Auseinandersetzungen an Hochschulen. Mit seinem Anspruch, die Prozesse in diesem Politikfeld nicht nur dokumentieren, sondern auch mit gestalten zu wollen, ist es insbesondere für all jene von Interesse, die praktisch oder theoretisch mit Gleichstellung an Hochschulen befasst sind.

Hildegard Macha, Susanne Gruber und Sandra Struthmann (2011): *Die Hochschule strukturell verändern*. Budrich UniPress Ltd. Opladen & Farmington Hill

DREAM – Dahlem Research

Mentoring

„Für die Pilotphase werden MentorInnen gesucht“

Noch immer sind Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen unterdurchschnittlich vertreten. Ihre Karrierechancen sind insbesondere in der Wissenschaft, trotz gleicher Qualifikation, schlechter als die von Männern. Das Mentoring-Programm der Dahlem Research School (DRS) will daher weibliche Promovierende aus den DRS-Mitgliedsprogrammen beim Übergang in eine akademische oder nicht-akademische Karriere gezielt unterstützen.

DAHLEM RESEARCH SCHOOL

Hauptelement des Mentoring-Programms der DRS ist die Zusammenarbeit zwischen einer Doktorandin (Mentee) und einer Mentorin/einem Mentor. Diese Tandems treffen sich in regelmäßigen Abständen persönlich und arbeiten an der Erreichung der Ziele, die sich die Mentee für die Mentoring-Kooperation gesetzt hat. Die persönlichen Treffen sind eingebettet in ein umfassendes Begleitprogramm mit diversen Veranstaltungen.

Für die Mentees hat die Teilnahme am Mentoring-Programm viele Vorteile: Sie können durch die Kooperation mit der Mentorin/dem Mentor ihre Kompetenzen, Strategien und Ziele für die eigene Karriere entwickeln und von den Erfahrungen der Mentorin/des Mentors profitieren. Die Mentoring-Kooperation stellt aber auch einen Gewinn für die MentorInnen selbst dar, denn sie können durch die Kooperation ihre Beratungskompetenz vertiefen, den eigenen beruflichen Werdegang reflektieren, den Austausch mit der Generation der Doktorandinnen pflegen und sich mit anderen MentorInnen vernetzen.

Für das neu startende Mentoring-Programm 2011/12 suchen wir noch MentorInnen. Wenn Sie sich vorstellen können, als MentorIn am Programm mitzuwirken, freuen wir uns von Ihnen zu hören! (Tel.: (030) 838-73950, E-Mail: angela.salman@fu-berlin.de). Weitere Informationen zum Programm finden Sie auf der Webseite der Dahlem Research School: www.fu-berlin.de/drs.

Gesundheitstag 2011:

Sorge für sich – Sorge für andere

Seit 2008 findet im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements jeweils im Herbst der Gesundheitstag der Freien Universität Berlin statt. In diesem Jahr wird er am 29. September 2011 veranstaltet. Er steht unter dem Motto *Die Sorge um sich – die Sorge um andere*. Neben allgemeinen Informationen zu den laufenden Aktivitäten des Gesundheitsmanagements wird es zahlreiche Veranstaltungen u.a. zu folgenden Themen geben: gesundheitliche Vorsorge, Pflege von Angehörigen, Wellness, Ernährung, Stress- und Selbstmanagement. Die Eröffnungsrede wird der Präsident, Herr Prof. Dr. Alt, halten. Nähere Auskünfte zum Programm erteilt zu gegebener Zeit Herr Hübner vom Weiterbildungszentrum:

Nicolas.Huebner@weiterbildung.fu-berlin.de



Zentrale Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin

Die zentrale Frauenbeauftragte
der Freien Universität Berlin
Rudeloffweg 25 – 27
14195 Berlin

Tel: 030 838 - 54259
frauenbeauftragte@fu-berlin.de
www.fu-berlin.de/frauenbeauftragte

